

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die schlagzeilige Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Die preussische Einkommensteuer vor Gericht.

Eine Kritik des preussischen Einkommensteuer-Gesetzes, verfaßt von dem Senatpräsidenten des königlichen Ober-Verwaltungsgerichts A. Juisting, ist dieser Tage im Druck erschienen. Sie gründet sich vornehmlich auf die richterlichen Erfahrungen, die der Verfasser als Vorsitzender des Beschwerdebereichs gemacht hat. Daraus ergibt sich notwendig eine gewisse Verengung des Gesichtskreises von allgemeinen steuer- und staatspolitischen Erwägungen zu Bedenken mehr juristischer und administrativer Art. Dem Juisting, um nur ein Beispiel zu citieren, einerseits in der Einkommensteuer „die richtigste und vollkommenste Form der Besteuerung“ sieht, andererseits aber in ihr „überhaupt nicht die geeignete Steuerform für die unteren Volksklassen“ erkennt, so ergibt sich daraus die ungelöste Frage, ob dem Verfasser etwa die tatsächlich bestehende ungerechte indirekte Besteuerung der „unteren Volksklassen“ als steuerpolitisches Ideal erscheine. Fehlt es so dem Buche an großen Gesichtspunkten, so ist es um so interessanter und zuverlässiger in der Behandlung der Einzelheiten der kritisierten Materie.

Entgegen der landläufigen Legende, die Riquel als den Schöpfer des preussischen Einkommensteuer-Gesetzes preist, stellt Juisting fest, daß Herr v. Riquel nur der „Adoptivvater“ dieses Gesetzes war. „Er hatte den unter seinem Vorgänger, dem Finanzminister v. Scholz, gefertigten Entwurf eines Einkommensteuer-Gesetzes fast ohne Änderung übernommen und zu dem seinigen gemacht.“ Aber auch die Durchführung des neuen Gesetzes im preussischen Landtage hält Juisting weniger für Riquels persönliches Verdienst, als für eine Folge allgemeiner Umstände. „Unter dem fortgesetzten Druck der öffentlichen Meinung“, so schreibt er, hatten die im Landtage vorgangweise vertretenen bestehenden Klassen, an deren Selbstsucht die Ausgestaltung einer gerechten Einkommensteuer stets gescheitert war, die völlige Unhaltbarkeit der geltenden Gesetzgebung selbst erkannt.“

Aber auch dieses Gesetz entspricht Juistings Wünschen nicht. Er macht ihm seine „übermäßig fiskalische Richtung“ und „ängstlichen Anschlag an hergebrachte Grundzüge“ zum Vorwurf.

Schon der Einkommensbegriff ist nach Juisting im Gesetze unklar gefaßt. Es gehe nicht an, Erträge, die von juristischen Personen (Aktiengesellschaften) erzielt würden, als Einkommen im steuerrechtlichen Sinne zu bezeichnen. Ebenso wenig seien Gewinne aus Gelegenheitspekulationen unter den Einkommensbegriff. (Die Besteuerung solcher Erträge würde natürlich dadurch nicht ausgeschlossen, daß sie aus den Bestimmungen des Einkommensteuer-Gesetzes ausgeschlossen wird.) In dieses Gesetz passen sie nicht hinein und führen in diesem Rahmen zu Unzuträglichkeiten. Viel näher, meint Juisting, läge es, die Erträge des Vermögens der „toten Hand“, die gegenwärtig von jeder staatlichen Besteuerung verschont sind, der Einkommenbesteuerung zu unterziehen, wenn nicht die Ausdehnung der Einkommensteuer über den Kreis natürlicher Personen hinaus nach dem Einkommensbegriff grundsätzlich ausgeschlossen wäre. In anderen Staaten besteht bekanntlich eine mitunter recht ausgiebige Lage von der „toten Hand“, die nicht der Einkommen-, sondern der Erbschaftsteuer angegliedert ist.

Sehr berechtigt ist die Klage des Verfassers über zu geringe Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit. Der § 18 des Gesetzes läßt das „steuerpflichtige“ Einkommen, sofern es 3000 M. nicht übersteigt, um je 50 M. für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren mit dem Zwange der Ermäßigung des Steuerfahes um mindestens eine Stufe beim Vorhandensein von drei oder mehr Familienmitgliedern dieser Art. Wenn ein oder zwei Kinder vorhanden sind, hängt es also nach dem gegenwärtigen Zustande vom Zufall ab, ob überhaupt eine Ermäßigung eintritt.

Noch schlimmer steht es mit dem § 19, der „gestattet“ aber nicht vorschreibt, daß „besondere, die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende Verhältnisse“ („außerordentliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehörigen, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle“) berücksichtigt werden. Die Handhabung dieses Paragraphen ist also der Willkür der Steuerbureaukraten überantwortet. Der Prozentfuß der Steuerermäßigungen auf Grund des § 19 schwankt daher in den verschiedenen Regierungsbezirken von 9,8 (Dromberg) bis 1,49 (Berlin). Besonders kennzeichnend für diese Verhältnisse ist ein vom Beschwerdebereich gefälltes Urteil vom 20. März 1902, in dem es heißt:

Es ist nicht zu ersehen, welcher Art die von der Berufungskommission behufs Anwendung des § 19 für erforderlich erachtete außerordentliche . . . Belastung sein mußte, wenn eine solche Belastung bei einem Steuerpflichtigen nicht anerkannt werden sollte, der mit einem überdies fast ganz aus seiner Arbeitstätigkeit fließenden Einkommen von 1197 + 300 = 1497 M. zehn Personen zu unterhalten hat, so daß noch nicht 150 M. auf jede Person entfallen.

Daß sich das Beschwerdebereich mit solchen dem Rechts- und Billigkeitsgefühl entsprechenden Urteilen nicht immer die Günst der Steuerbureaukraten holt, ist begreiflich. Und so kommt Juisting in die Lage, in einem besonderen Kapitel auf die Spannung der Beziehungen zwischen Steuerbehörden und Beschwerdebereich hinzuweisen und das letzte gegen die Angriffe der ersten verteidigen zu müssen.

Neben Reformen, die die genannten und noch andre Uebelstände abschaffen sollen, schlägt Juisting vor, die Rechte der Steuerpflichtigen gegenüber der Einschätzungsbehörde zu vernehren, um die Willkür gegen Willkür bei den Einschätzungen, insbesondere gegen willkürliche Steuererhöhungen zu schützen. „Der ganze Wirwar im Schätzungsweesen mit der Unrichtigkeit und Unvollkommenheit der angewandten Methoden sowie der Unrichtigkeit und Ungleichmäßigkeit ihrer Ergebnisse würde sich“, nach den Worten des Verfassers, „erst auf Grund einer vergleichenden Statistik hierüber für das ganze Steuergebiet erkennen lassen“. Eine solche Reform ist nach Juistings Ansicht schon im Interesse der Staatserhaltung geboten: denn „bei dem stark ausgeprägten Mißtrauen und bei der lebhaften Empfindung von Steuerdrud, Ungleichmäßigkeit und Ueberbürdung gerade in den unteren Volksklassen und Verbitterung die notwendigen Folgen. Hierin liegt eine der wesentlichsten Ursachen für die Verhärtung der socialdemokratischen Partei aus den unteren Schichten des Mittelstandes.“

Gegen jene Art ihrer Verhärtung, die Juisting vorschlägt, hat die Socialdemokratie natürlich nichts einzuwenden. Aber wenn nach Juisting die unteren Klassen wirklich unter der Willkür der Steuerbehörden am meisten zu leiden haben, so ist das nur ein Symptom der allgemeinen Zurücksetzung, der diese unteren Klassen im Klassenstaate ausgesetzt sind. So lange diese tatsächliche Zurücksetzung besteht, wird die Verteidigung einzelner ihrer Erscheinungsformen die Verhärtung der socialdemokratischen Partei nicht aufzuhalten im Stande sein.

Schließlich schlägt Juisting vor, die Untergrenze des steuerpflichtigen Einkommens von 900 auf 1500 M. zu erhöhen und die Steuerhöhe der neuen untersten Klassen zu erniedrigen. Der hierdurch entstehende Ausfall soll durch ein stärkeres Anziehen der Progression in den höheren Steuerklassen und durch eine Erhöhung des Satzes auf 4 1/2 Proz. in den höchsten wieder ausgeglichen werden. Auch dagegen ist nichts einzuwenden.

Für diesen Reformvorschlag entscheidet sich Juisting ersiens deshalb, weil das Steuerinkommen der untersten Klassen im Verhältnis zu den Erhebungskosten gering ist, dann aber, weil in diesen untersten Stufen die „größte Unzufriedenheit“ herrscht. Nach allen Beispielen und Gründen, mit denen Juisting selbst die Berechtigung dieser Unzufriedenheit erörtert hat, muß man sich wundern, bei ihm folgenden Satz zu lesen: „Sie (die Unzufriedenheit) mag zu einem großen Teile unbegründet und übertrieben sein, da hier auch die Reizung, sich der Besteuerung ganz oder teilweise zu entziehen am meisten und das Verständnis für staatsbürgerliche Pflichten am wenigsten ausgebildet ist.“ Sollte es denn wirklich ganz unbekannt sein, in welchen Kreisen Steuerdefraudanten am häufigsten anzutreffen sind?

Die „unteren“, d. h. die arbeitenden Volksklassen unterscheiden sich wohlthätig von den bürgerlichen Schichten dadurch, daß sie nicht weniger als steuerreich sind. Ihr Verständnis für die Aufgaben des politischen Gemeinwesens würde sie zu frohen und prompten Steuerzahlern machen, wenn dieses politische Gemeinwesen seine Pflichten gegen die „unteren“ Volksklassen auch erfüllen wollte. Die „Selbstsucht der besitzenden Klassen“ läßt freilich eine solche Pflichterfüllung nicht zu. Jede Annäherung der Einkommensteuer an das Ideal einer gerechten Besteuerung schäme die „unteren“ Klassen hoch, weil diese gerechte Besteuerung der „oberen“ Klassen dann desto greller absteht von der ungerechten und brutal-mechanischen Belastung der „unteren“ Klassen durch indirekte Abgaben. Welchen Sinn hätte es auch, eine bestimmte Form der Besteuerung nach den Grundzügen der Leistungsfähigkeit und der Gerechtigkeit genau und peinlich abzugreifen, wenn nicht schließlich einmal auch das gesamte Steuersystem auf diese Grundlage gestellt werden sollte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag zunächst den Etat der Justizverwaltung in zweiter Lesung zu Ende beraten. Aus der Debatte ist nur die Rede des Abg. Krause-Waldenburg (fl.) bemerkenswert, der den Erlaß der Oberrechnungskammer zur Sprache brachte, wonach einem Arbeiter keine Zeugengebühren gezahlt werden dürfen, wenn der Arbeitgeber ihm für die veräumte Zeit keinen Lohnabzug macht. Redner bezeichnete dies Verfahren des Justizbüros als Gegenteil von vornehm und anständig und forderte die Arbeitgeber auf, im Wege des Prozesses gegen den Fiskus ihre Ansprüche geltend zu machen. Er will also, daß die Arbeitgeber, nicht etwa die Arbeiter, die Zeugengebühren einheimen, weil sie auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in solchen Fällen keine Lohnabzüge machen dürfen. Dagegen bestritt der Justizminister, daß den Arbeitgebern ein Recht gegen den Fiskus zustehe; der Arbeiter erfülle als Zeuge nur seine Pflicht, und wenn er dafür keine Veräumnisentschädigung erhalte, so könne daraus der Arbeitgeber noch kein Recht für sich herleiten.

Sodann überwies das Haus nach kurzer Beratung den Gesetzentwurf betr. die Gebühren der Medizinalbeamten an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Derselben Kommission wurde der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu dem Reichsgesetz betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten überwiesen. Das

Gesetz dehnt die Anzeigepflicht der Ärzte, des Haushaltungsvorstandes, des Wohnungsinhabers, des Leichenbeschauers und jeder sonst mit der Behandlung der Pflege des Erkrankten beschäftigten Person über den Rahmen des Reichsgesetzes hinaus auf eine Reihe weiterer Krankheiten aus. Unter andren sind Geschlechtskrankheiten bei Personen, welche gewerbmäßig Unzucht treiben, sofort der Polizei anzuzeigen. Im allgemeinen stehen die Redner aller Parteien dem Grundgedanken des Gesetzes wohlwollend gegenüber, doch machten die Konserverativen ihre Zustimmung abhängig davon, daß Garantien gegen eine zu hohe Belastung der Gemeinden geschaffen werden.

Am Dienstag beginnt die zweite Beratung des Etats des Handelsministeriums. —

Auf der Koninchenjagd verunglückt

Wie längst zu erwarten war, der Oberpräsident von Posen, Herr v. Bitter. Er wurde am 1. Oktober 1899 nach Posen geschickt, um an Stelle des als zu sanft befundenen Herrn v. Wilamowitz-Röllendorf den Posen mit erhöhter Säeindigkeit die Vorzüge germanischer Kultur beizubringen. Die Wessener Vorgänge, der Fall Köhning und zuletzt das Willich-Drama waren die sichtbarsten Wirkungen seiner Tätigkeit. Neulich haben noch der preussische Finanzminister Rheinbaben und der Minister des Innern den Oberpräsidenten mit großer Hartnäckigkeit verteidigt. Aber die Minister haben ihn nicht wieder gesund zu beten vermocht. Herr Bitter hat endlich Gesundheitsrückichten bekommen, sein Abschiedsgesuch eingereicht — die Vorgänge der letzten Zeit hätten seine Gesundheit untergraben — und der „Lokal-Anzeiger“ versichert mit dem Hohn, den das Blatt gefürzten Mandarinen zu widmen sich erdreistet, daß diesen Ansuchen zweifellos willfahrt werden würde. „da man einen so verdienstvollen Manne sicherlich jede Möglichkeit geben wird, seine Gesundheit wieder herzustellen.“

Herr v. Bitter fällt als ein Opfer der von Berlin diktierten Politik. Die Feldwebelstochter und der Selbstmord des Landrats Willich waren allzu krasse Erscheinungen der halatistischen Korruption. Der öffentlichen Meinung mußte ein Sühne-Opfer gebracht werden. Und da Herr v. Rheinbaben, der Verantwoortliche für den Fall Köhning, sich anscheinend immer noch gesund fühlt, wurde Bitter an seiner Stelle zu Gesundheitsrückichten verurteilt. Vielleicht benutzt der Mann nun die Wähe, um gleich Köhning zu erzählen, wie es kam, daß er seinen Abschied erbitten mußte.

Inzwischen geht die tolle Polvenhag weiter. Das starke Preußen fühlt sich in seiner Existenz bedroht durch die nationalen Empfindungen jugendlicher Gymnasialisten. Aus Gnesen wird ein neuer polnischer Geheimbündel-Prozess angekündigt. Angeklagt sind vier Studenten und fünfzehn Gymnasialisten, von denen vierzehn von der Anklage verteidigt worden sind. Sämtliche Angeklagte haben bereits die Anklageschrift erhalten.

Das tapfere Preußen fähel gegen Knaben Krieg! —

Die Bilanz des Venezuela-Kreuzzugs.

Die Nachricht über den Friedensschluß mit Venezuela ist von der bürgerlichen Presse zwar mit einem Stoßseufzer der Erleichterung, aber sonst ziemlich kleinlaut aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser mit so großem Elan unternommenen Aktion ist ein so dürftiges gewesen, daß selbst unsere Bourgeois-Presse, die sonst die Verherrlichung der abenteuerlichsten Entgleisung unfrer Auslands-politik für ihre erste Berufspflicht hält, keinerlei Versuch macht, den venezolanischen Mißerfolg als Erfolg auszuweisen. So schreibt die „Deutsche Tages-Zeitung“:

„Daß man von dem Ergebnis in Deutschland ganz befriedigt sein könnte, läßt sich freilich nicht behaupten. Zunächst wird man sich nicht so unbedingt darauf verlassen dürfen, daß Castro auch loyal alles hält, was er versprochen hat, und nicht über kurz oder lang auf neue Hinterzünge sumt, um einen Teil seiner Verpflichtungen abzuschütteln. Sodann weist das Protokoll eine merkwürdige Lücke auf: es ist nichts darüber bestimmt, wer die Exekutionskosten trägt. Daraus folgt, daß sie ganz und gar aus selbst zur Last fallen. Sie werden wohl eine Kleinigkeit höher sein, als der Betrag, den wir bestenfalls von Venezuela herausdrücken werden.“

In der „Post. Ztg.“, um auch ein Blatt der Linken zu citieren, lesen wir:

„Wenn es uns in erster Linie darauf angekommen wäre, eine gefährdete Geldsumme für Deutschland zu retten, würden wir ein schlechtes Geschäft gemacht haben. Die Prozeduren, einschließlich der Kosten der Zwangsvollstreckung erreichen wohl die Höhe der Streitsumme und überschreiten sie vielleicht erheblich. Aber es kam in erster Linie nicht auf die Geldfrage an. Es galt, einen Staat, der nur mit einem Fuße im Kreise des europäischen Völkerrechts steht und es mit der Erfüllung internationaler Pflichten leicht nimmt, einmal beim Ohr zu fassen und ihm klar zu machen, das man sein Wort halten soll.“

Und die „N. W. Ztg.“, ein Blatt der mittleren Linie, urteilt:

„Mit dem berühmten „Uff“ der Erleichterung, das das Ende des chinesischen Aufstahes in ganz Deutschland auslöste, mit diesem selben „Uff“ nimmt man die gestern Abend veröffentlichte Beendigung des Venezuela-Konfliktes hin. Ein eigenartiger Aufstaher steht aber unsere weltpolitischen Unternehmungen. Sie werden mit großem Elan eingeleitet und geraten dann mehr und mehr in den Sumpf oder Langweile. Und wenn sie dann schließlich ihren Schlüsselpunkt erhalten, dann hat schon die deutsche Welt längst das Interesse eingebüßt und die letzten Kapitel bleiben ungelesen. So ging es auch mit dem venezolanischen Konflikt.“

Man gesteht also, auf der Rechten wie auf der Linken, daß Deutschland bei dem Venezuela-Handel in finanzieller Beziehung ein sehr schlechtes Geschäft gemacht habe. Immerhin

*) A. Juisting. Die Einkommenbesteuerung der Zukunft in Anknüpfung an das preussische Einkommensteuer-Gesetz. Berlin. Karl Heymanns Verlag, 1903.

nicht man sich diese bittere Erkenntnis mit dem Trost zu versüßen, daß man wenigstens einmal einem freien Bankrotteur gründlich Pöbes gelebt habe. Daß es aber in dieser Hinsicht, in Bezug auf den militärischen Effekt, womöglich noch schlechter ausfällt, als in finanzieller Hinsicht, beweist schon der Erleichterungsbescheid der Rhein-Westf. Ztg. Denn in der That: Das mit so „großem Eifer“ begonnene „weltpolitische Unternehmen“ ist vollständig „im Sumpf“ verlaufen.

Man wollte Schulden eintreiben und hat für Exekutionskosten mehr ausgegeben müssen, als man im günstigsten Falle jemals an Schuldeneintreibung zu erhalten hoffen darf! Man hat Jolländer besetzen und die gesamten Zollmaßnahmen beschlagnahmen müssen und man mußte sich damit begnügen, den vierten Teil der Zölle mit sämtlichen Gläubigern zu teilen!

Allerdings hat Deutschland auch die gepanzerte Faust in Anwendung zu bringen versucht. Es hat — gegen alles Völkerrecht — wehrlose Zollfahrzeuge beschlagnahmt und mehrere derselben in Grund gehohlet. Aber es hat dafür vor aller Welt den Vorwurf des Völkerrechtsbruchs einstecken und die beiden brauchbarsten und deshalb nicht verenkten Dampfer wieder herausgeben müssen!

Schlechter noch hat Deutschland abgefahren, als es — auch hier ohne jeden zwingenden Grund — seine Kanonen gegen das venezolanische Fort St. Carlos spielen ließ. Trotz zweimaliger Beschließung hat es das Fort nicht zur Kapitulation zwingen können; das Fort trotzte am Ende der Beschließung noch immer und verwehrt nach wie vor den deutschen Schiffen die Einfahrt in die Lagune von Maracaibo! Das sind die militärischen Erfolge des Venezuela-Kreuzzuges, das ist die Wahrung des deutschen Prestiges!

Die Zurückhaltung der deutschen Presse hat also ihre gewichtigen Gründe. Um so wunderlicher nehmen sich dieser Zurückhaltung gegenüber die Äußerungen des deutschen Friedensunterhändlers, des Freiherrn Sped von Sternburg, aus. Wie sich das „Berliner Tageblatt“ aus New York melden läßt, sandte der deutsche Geschäftsträger an den deutschen Pressklub in New York ein Telegramm, worin er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß das Uebereinkommen alle Beteiligten zufriedenstelle. In der That: alle Beteiligten, nicht zuletzt den Angeklagten Castro selbst, der seinem Beauftragten Woven ein Telegramm sandte, worin er ihn „für die rasche Entschlossenheit, mit der er der Sache der Gerechtigkeit gedient habe, seiner ewigen Dankbarkeit“ versicherte. Herr Sped von Sternburg äußerte sich ferner geradewegig über die „vollkommene Harmonie“ und die „Freundschaftseingimmungen“ der „vier Männer“, zwischen denen der Vertrag vereinbart worden ist. Die Nachrichten über die dramatischen Zusammenstöße zwischen Woven und den Vertretern der Rechte verrietten in der That die „vollkommene Harmonie“! Herr Sped v. Sternburg sieht freilich scheinbar überall Harmonien, wo gewöhnliche Sterbliche Interessengegenstände und Konflikte sehen. Neuferte er doch einem Interviewer für das „Berl. Tagebl.“ gegenüber, daß er versuchen wolle, „das Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland derartig (freundschäftlich) zu gestalten, daß sich alle Welt darüber wundern sollte“. Das will viel heißen, denn über die deutsche Diplomatie wundert sich so leicht niemand mehr in der Welt!

Ob Venezuela seine Verpflichtungen einhalten wird, weiß einstweilen niemand zu sagen. Aber eine Wirkung des Venezuela-Kreuzzuges hat in einem Wiesbadener bürgerlichen Blatt schon im Dezember ein Venezuela-Kenner, der sich in „hochangesehener Stellung“ lange Jahre in der Südamerikanischen Republik aufgehalten hat, vorausgesagt. Mit den Worten nämlich:

„Mit der Sympathie, deren sich die Deutschen mehr als die übrigen Nationalitäten erfreuten, ist es lange, lange Zeit vorbei und es wird sich leider nur zu bald zeigen, welchen schädlichen Einfluß dieser Stimmungswandel auf ihr Geschäftsleben ausübt. Aber nicht bloß die circa 14 bis 1500 Deutsche, welche heute in Venezuela leben, werden den Saldo untrer bewaffneten Intervention zu tragen haben, sondern auch — wie bereits erwähnt — die mit diesen arbeitenden Fabrikanten, Handlungshäuser &c. Man könnte einwenden, daß die Venezolaner ihren Groll bald vergessen haben und die guten Beziehungen bald wieder hergestellt seien, allein das ist ein großer Irrtum, denn das Faktum wird uns Deutschen so tief ins Herzholz eingegraben, daß es für eine Generation wenigstens nicht zu verwischen ist.“

Französische Budgetkämpfe.

Paris, 11. Februar. (Eig. Ber.)

In der Deputiertenkammer werden zur Zeit gelegentlich der Finanzgesetz-Debatte (Einnahme-Budget) eigenartige Kämpfe ausgefochten. Man kämpft für und wider das Recht auf — Defraudation der Alkoholsteuer, und die Vorkämpfer der Defraudanten entwickeln eine Leidenschaft, eine Rücksichtslosigkeit und eine Hartnäckigkeit, wie sie den deutschen überagratischen Vertrauensmännern eigen sind.

Auf dem Spiel steht nämlich die Alkoholversteuerfreiheit der bauerlichen Eigenbrenner, die aus Trauben, Döbsträuben und Treber im eignen Hause Schnaps fabrizieren. Die Steuerfreiheit gilt ausschließlich für den Selbstgebrauch, aber nur auf dem Papier, in Wirklichkeit wird der eigengebrannte Schnaps steuerfrei in den Handel gebracht, und das in immer wachsenden Mengen.

Wie groß ist die Zahl der bauerlichen Eigenbrenner? Die Finanzverwaltung, die natürlich über unvollständige Angaben verfügt, zählte 1901 — 671 378 gewerbmäßige Eigenbrenner, wozu aber eine zweite Kategorie „gelegentlicher oder gewohnheitsmäßiger“ Eigenbrenner hinzukommt, die 1 166 125 Bauern umfaßt. Bis 1901, als die Alkoholversteuer 156 Fr. pro Hektoliter betrug, wurde der Steuerverlust für den Fiskus infolge der bauerlichen Defraudation auf mindestens 150 Millionen Franz jährlich berechnet, nach anderen Angaben sogar auf 250 bis 300 Millionen! Aber seit 1901 wurde es noch schlimmer. Mit der Erhöhung der Alkoholversteuer von 156 auf 220 Franz pro Hektoliter nahm die Defraudation einen entsprechend größeren Umfang an. In den beiden Jahren 1901 und 1902 sank der besteuerte Alkoholkonsum um 435 000 bzw. um 622 000 Hektoliter, nahezu um ein Drittel des früheren Konsums, macht zusammen einen Steuerausfall von rund 200 Millionen Franz. So hat die erhöhte Steuer bloß 200 Millionen geliefert, anstatt des früheren Steuerertrages von über 297 Millionen. Die Getränkesteuer-Reform von 1900 (Entlassung der „hygienischen Getränke“ und Mehrbelastung des Alkohols) ist damit zu einer wichtigen Quelle des Defizits geworden.

Um nun das Budget von 1903 wenigstens auf dem Papier ohne Defizit aufstellen zu können, mußte der Finanzminister Rouvier, der ja grundsätzliche Reformen zu vermeiden sucht, vor allem die Eigenbrenner etwas umsanft anfaßen. Er nahm ins Finanzgesetz eine Reihe von Kontrollmaßregeln auf zur Bekämpfung der Steuerdefraudation. Wohlgerne, er versprach sich selbst davon eine Zunahme des Steuerertrages von nur 50 Millionen, d. h. er rechnete nicht einmal darauf, die Defraudation auf ihren Umfang von vor 1901 zurückzudrängen. Aber auch das war den Verecktern der Eigenbrenner viel zu viel. Es fehlte wenig und der Finanzminister mußte seinem Budget wäre zu Boden geworden. Der Ministerflur wurde durch ein Kompromiß verhütet, welches den ohnehin geringen Wert der Rouvierschen Vorschläge ganz zweifelhaft macht. Die Defraudationsfreiheit bleibt nämlich unangestastet für die kleinen Eigenbrenner, die nicht mehr als 1 Hektar Rebenland oder nicht mehr als 50 Obstbäume besitzen. Die bauerlichen Vertreter haben

aber den Kampf deswegen nicht aufgegeben. Sie kämpfen Schritt um Schritt mit einer obstinaten Ausdauer nach es ist ihnen bereits gelungen, die Defraudation auch für die größeren Eigenbrenner um einiges zu erleichtern.

In diesem abstoßenden Kampf sieht man wieder die eigenartige Erscheinung, die im französischen Parlament bei allen rein wirtschaftlichen Defakten zu beobachten ist. Die politischen Parteien lösen sich auf in ein lunterbuntes Durcheinander von Gruppen und Personen, die sich nach der wirtschaftlichen Geographie des Landes gliedern. Um das Banner der Eigenbrenner scharen sich Abgeordnete aller Parteien von der äußersten Rechten bis und mit der äußersten Linken. Das gilt auch von einigen sozialistischen Abgeordneten beider Richtungen. Reist allem andern wird von dem parteipolitisch unterschiedslosen Eigenbrenner-Lager auch die Rücksicht auf die Gesundheit der Konsumenten in den Wind geschlagen, obwohl es gerade die arbeitende Klasse ist, die den mangelhaft reifizierten Eigenbrenner-Schnaps verbraucht.

Die verfeindete Parteistellung der Verteidiger der Eigenbrenner machte sich hier und da geltend nur in der Argumentation. So wurde vom linksradikalen Abgeordneten Chapuis, die — republikanische Verteidigung — zu Gunsten der Eigenbrenner-Defraudation ins Feld geführt! Bei den nächsten Wahlen, drohte er pathetisch, würden die nahezu zwei Millionen Eigenbrenner den Verlust ihres Privilegiums mit antirepublikanischen Stimmzetteln quittieren. Keine Steuer-Defraudation, keine bauerlichen Republikaner! Man greift da mit Händen den organischen Mißstand des französischen Parteiwesens — die isolierte Strömung-Selbstherrlichkeit der einzelnen Wahlkreise und der einzelnen Abgeordneten!

Selbst nach dem Zustandekommen des erwähnten Kompromisses war von der Disziplin der Regierungsmehrheit keine Spur zu merken. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde der Gesetzesartikel, der jenen Kompromiß mit enthält, in der außerordentlichen namentlichen Abstimmung auf der Tribüne bloß mit 219 gegen 212 Stimmen gerettet, und zwar vorläufig nur vor der „Abtrennung“ vom Finanzgesetz. Das endgültige Schicksal des entscheidenden Artikels steht noch aus.

Vielleicht aber fährt der — nach Rouviers Ausdruck — „fast rebellische“ Widerstand der Defraudanten zu einer gründlichen Reform, die weder diesen noch dem Finanzminister erwünscht ist. Es erhebt sich nämlich allen unbefangenen Kreisen immer klarer als einzige Lösung der Eigenbrennerfrage das staatliche Alkoholmonopol in dieser oder jener Form, das in gleicher Weise die Interessen des Fiskus, der Steuerzahler und der Konsumenten wahren würde. Unter dem direkten Druck der gegenwärtigen Kämpfe hat die Budgetkommission bereits beschlossen, dem diesjährigen Finanzgesetz das Alkoholmonopol „in Prinzip“ einzuführen und der Maßgabe, daß es am 1. Januar 1905 zu verwirklichen sei. Bis dahin soll also ein bestimmter Monopolvertrag ausgearbeitet und votiert werden. Der Budgetkommission lagen bereits vier Monopolverträge vor, darunter einer von Jaurès. Ihr prinzipielles Votum verneint eine Auswahl unter diesen Entwürfen, schon angeichts der materiellen Unmöglichkeit der sofortigen Einführung des Monopols.

Deutsches Reich.

Verdächtig geworden.

Das offiziöse Organ der Monarchisten wendet sich also zornvoll gegen den Grafen Sosadowsky:

„Es hatte allgemein Bekanntheit erregt, als im vorigen Jahre an dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress offizielle Vertreter des Reichsamts des Innern und der württembergischen Staatsregierung teilnahmen. Wie es nun scheint, ist in diesem Vorgange nicht ein vereinzelt zugefallen Zugeständnis an die Gewerkschaften, sondern eine grundsätzliche Anerkennung derselben seitens der Regierung zu erblicken. Als einzige Bedingung für die Teilnahme von Regierungskommissaren an sozialdemokratischen Arbeiterkongressen hat Graf v. Sosadowsky diejenige aufgestellt, daß die Anschließung des Sitzungslokales monarchische Gesellschafter nicht verleihe. Aber auch bei dieser anfänglichsten Bewertung der Neutralität scheint man mit großer Milde verfahren zu wollen; da in Stuttgart die Wästen von Marx und Lassalle, die größten Vorkämpfer der republikanischen Sozialdemokratie, aufgestellt und revolutionäre Embleme der Gewerkschaften aufgehängt und als das monarchische Geißel der Regierungskommission nicht verlegend angesehen worden waren.“

Die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Regierung ist aber gleichbedeutend mit der Anerkennung der Sozialdemokratie, denn gerade auf dem Stuttgarter Kongress war es, daß der Vorsitzende erklärte: „Es herrsche Ueberzeugung darüber, daß keine Trennung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten stattfinden könne, daß beide zusammengehören und sich ergänzen müssen.“ Angesichts einer solchen Stellungnahme des Grafen v. Sosadowsky, bei dem seit seiner Verteilung des Justizhandbuchs sich ein bemerkenswerter Meinungswandel vollzogen haben muß, ist es schwer, die Sozialdemokratie als staatsgefährlich zu belächeln und noch schwerer für die Eisenbahn- und Postverwaltung, ihr Verbot an die Beamten, sich an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu beteiligen, aufrecht zu erhalten. Wo bleibt da die „Homogenität“ der Staatsregierung?

Und in derselben Nummer der „Konf. Korresp.“ wird die böse Niederlage des „schlichten, königstreuen Arbeiterlandboten“ in Spandau auf das Schuldkonto der Pölow und Sosadowsky geschrieben:

„Wie soll auch der königstreue Arbeiter, den noch vor kurzem der Kaiser mit stammenden Worten gegen die Sozialdemokratie aufgerufen hat, erkennen, daß die Sozialdemokratie eine Gemeingefahr für Staat und Monarchie bildet, wenn im Reichstage den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht in entscheidender Kampfsitzung, sondern mit unbegreiflichen Verzeihungsgedanken begegnet wird.“

Eine liebliche Hege! Zwar ist der „bemerkenswerte Meinungswandel“ des Grafen Sosadowsky nicht einmal hinsichtlich zutreffender gesetzlicher Maßnahmen festzustellen und in der Sozialpolitik sind einigen freundschaftlichen Worten noch keinesfalls erhebliche Taten gefolgt. Und dennoch erhebt sich dies konservative Innertum, das in der aufsteigenden Arbeiterklasse den gefährlichsten Feind seiner widerrechtlichen Privilegien erkennt, alsbald in gehässigen Jörn gegen die Minister, die ihm verdächtig werden, die Meinung zu haben, daß schließlich die große moderne Arbeiterbewegung nicht mit dem Alkohollieferanten niedergetrampelt werden könne. Und die Methode, in der sich der konservative Groll entladet, ist ganz konservativ; man denunziert brutal die Minister bei ihrem kaiserlichen Herrn! Graf Sosadowsky wird beschuldigt, eine Politik gegenüber der Sozialdemokratie zu betreiben, die mit derjenigen des staifers in Widerspruch stehe, und er, der eifrigste Vorkämpfer des monarchischen Gedankens, wird geradezu der Förderung republikanischer Bestrebungen beschuldigt. Ferner hat dieser Staatsmann soeben erst die agrarischen Forderungen der Jöllner mit besonderem Eifer verwirklicht; aber kein Verdienst der Vergangenheit laun schätzen, wenn die Konservativen irgendwie ein Abweichen von ihren Geboten befürchten.

Minister Räder auf Reisen. Die lange Exzellenz hat eine Wahl-Agitationstour unternommen, auf der sie vor einem launhimmlichen Publikum allerlei weise Ausführungen über die Sozialpolitik und die Absichten der Regierung zum Besten gibt. Betreu seiner nationalliberalen Vergangenheit, weiß bei diesem Zeitvertreib Herr Räder nicht nur zarte Rücksichten auf die sozialpolitischen Anschauungen seiner Zuhörer zu nehmen, sondern noch echt nationalliberaler Weise auch die widersprechenden Dinge zu vereinen. In Hannover war er überzeugt von der Notwendigkeit der hochschützamerikanischen Kartellpolitik und meinte nach Angabe des „Sammer Couriers“:

„Nur durch die Kombination von Großbetrieben zu gemeinsamen wirtschaftlichen Gestaltungen werden in Zukunft die Wett-

kämpfe in der Welt ermöglicht. Der große Wettbewerb in weiten Kreisen gegen die Kartelle und Syndikate — in einer strafferen Durchführung in Amerika die Trusts — besteht meines Erachtens gegenwärtig bei verschiedenen Personen deshalb, weil in der Jugendzeit dieser wirtschaftlichen Gestaltungen gewisse Auswüchse nicht vermieden werden können. Die Auswüchse müssen natürlich beseitigt werden. Mit gesetzlichem Zwange wird man da freilich wenig anrichten; ich habe aber die Intuition, daß die geschäftliche Klugheit der führenden Unternehmer auf diesem Gebiete Ueber-treibungen vermeiden wird, die zu dauernden Unbilligkeiten und dadurch zu Zurückbildungen führen würden.“

Das heißt mit anderen Worten, den Kartellen darf bei der Befolgung ihrer Preispolitik nichts in den Weg gelegt werden.

In Bremen, wo der Herr Minister auf der Schaffermäßigkeit ebenfalls eine Ansprache hielt, bekannte er sich dagegen zum — Freihändler und erklärte der erstaunt aussehenden freihändlerischen Bremer Kaufmannschaft:

„Daß wir, wo wir jetzt mächtig und stark durch unsere eigene Kraft geworden sind, jetzt vielleicht richtiger auf den Freihandel lossehen als auf eine andre Theorie, gebe ich Ihnen gern zu. (Sehr richtig!) Aber Sie haben zu rechnen mit dem, was rings um Sie vorgeht. Und wenn Sie die Augen nach allen Seiten hin werfen, so werden Sie sehen, daß nicht wir die Karmel sind, die der individualistischen Richtung entgegengetreten sind, (sehr richtig!) sondern durch die ganze Welt ist dieser Zug gegangen, und wir haben uns dem nicht entgegen können. Wir werden mit unserer steigenden Kraft immer stärker ähnliche Strömungen wieder aufkommen sehen, wie sie in England aufgefunden sind, auch nicht aus theoretischer Gebarung, sondern in dem Machtgefühl ihrer gewaltigen Ueberlegenheit über alle andern Nationen. . . Sie werden dafür sorgen müssen, daß Ihre Interessen im Parlament vertreten werden. (Bravo.) Wir haben in Deutschland durch lange Jahre es nicht für eine Ehrenpflicht des Standes der Kaufleute und der Industriellen gehalten, auch am parlamentarischen Leben ihre Arbeit zu thun; es ist heute nicht nur Ihre Ehrenpflicht, sondern eine Pflicht der Selbsterhaltung, nach dieser Richtung mehr zu thun, als bisher geübt ist. (Sehr richtig!) (Bravo.)“

Ein vielseitiger Minister! Bei den Freihändlern findet er, daß er eigentlich auch Freihändler ist, bei den Kartellverbändlern früheren Kollegen ist er vom Ruben der Kartellpolitik überzogen und als Minister bekennt er sich zu hohen Getreide-Minimalzöllen.

Centralverband gegen Sonntagsruhe.

Es ist seitens der Reichsregierung in Aussicht genommen, die auf Grund des § 105d der Reichs-Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen daraufhin zu prüfen, ob nach dem seit dem 1. April 1905 gemachten Erfahrungen die Aufhebung oder Einschränkung einzelner der Ausnahmen von der gebotenen Sonntagsruhe zulässig sei. Diese bloße Ankündigung, daß sie und da möglicherweise die Sonntagsruhe ein klein wenig gebessert werden könnte, veranlaßt den auch christlichen Centralverband deutscher Industrieller zu einer Gegenaktion für Verminderung der Sonntagsruhe. Der Centralverband richtet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem gesagt wird:

„Wir eruchen unsere geehrten Mitglieder ergebenst, sich gefälligst uns gegenüber darüber zu äußern.“

1. ob einzelne Vorschriften über Ausnahmen von der Sonntagsruhe in der Praxis nicht oder doch so selten angewandt worden sind, daß gegen ihre Aufhebung oder Einschränkung Einwendungen nicht zu erheben sind,
2. ob sich in der Praxis das Bedürfnis herausgestellt hat, nach gewissen Richtungen hin weitere Ausnahmen von dem Gebote der gewerblichen Sonntagsruhe zu gestatten.

Inwieweit ein solches Bedürfnis als vorhanden angenommen wird, bitten wir, die Schwierigkeiten und Schädigungen, die sich aus dem jetzigen Zustande ergeben haben, möglichst ausführlich und mit Angabe bestimmter Tatsachen darzulegen.

Wir bitten ganz ergebenst, uns Ihre Äußerung bis zum 1. April 1905 zugehen lassen zu wollen.“

Die Sozialreform der Furcht. Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag mit großer Lebhaftigkeit bestritten, daß ihre Sozialreform das Ergebnis der Furcht vor der Sozialdemokratie sei. Insbesondere hat das Centrum mit Entrüstung die „Verleumdung“ abgewehrt, daß seine Witwen- und Waisenversicherung nicht aus christlichem Herzen komme.

Ueber die Frage braucht man eigentlich nicht mehr zu diskutieren. Denn ein Versuener, ein berühmter Ränderhauptmann aus der Kardorff-Zeit hat neulich offen erklärt, warum seine Spielgefährten die Witwen- und Waisenversicherung, den § 11a, erfanben. Es war Herr v. Bröcher, der im Circus Quich mit der ihn auszeichnenden burschlichen Ehrlichkeit erklärte — die Worte seien nach dem Protokoll des Bundes der Landwirte nochmals wiederholt —: „Da mußte man ausbrechen, was man sich vorher eingebrocht hatte. (Heiterkeit.) Das war ganz klar und ich habe etwas da mitgeschrieben, was ich sehr ungerne zu mir genommen habe. (Große Heiterkeit und Bravo.)“ Ja habe bloß aus Loyalität, weil ich für das Kompromiß gestimmt hatte, zum Beispiel den § 11a mit angenommen, der weiter nichts enthält, als eine Verneinung der verbündeten Regierungen und des Centrum gegen die Sozialdemokratie. Den habe ich eben angenommen, weil ich eben mußte, weil ich das Kompromiß angenommen hatte.“

Solch eine Verneinung vor der Sozialdemokratie ist nicht nur die — im übrigen betrügerische — Witwenversicherung sondern die ganze bürgerliche Sozialreform.

Som christlichen Stövel. In der Reichstags-Sitzung vom 14. Februar hat der Parado-Arbeiter des Centrum, Herr Stövel, nach dem amtlichen Stenogramm das folgende ausgesprochen:

„In derselben Nummer des „Vorwärts“ heißt es in einer Polemik gegen den „Correspondent“, das Organ des Bundes der Arbeiter-Verbände — der macht ja dem „Vorwärts“ sowohl wie sämtlichen andern sozialdemokratischen Organen vielfach Schmerzen —:

„Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Teile der proletarischen Klassenbewegung bezeichnet. Die Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Klassenbewegung ist. Sie organisiert den Arbeiter nicht als Arbeiter im allgemeinen, nicht als Glied seiner Klasse, sondern im Gegenteil als Arbeiter im speziellen, als ein Glied seines Standes, als Buchdrucker, Schreiner, Bildhauer. Die Gewerkschaftsbewegung ist also solche nicht nur keine Klassenbewegung, sondern das Gegenteil einer Klassenbewegung, an die Stelle des Solidaritätsgefühls mit den Genossen setzt sie das Solidaritätsgefühl mit den Kollegen. Ihrer ganzen Natur nach ist sie beschränkt auf einen kleinen Bruchteil der arbeitenden Massen, und zwar auf ihren bestbezahlten und geistig entwickeltesten. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegenfährlichen, sondern in gar keinem Verhältnis zu der proletarischen Klassenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht.“

Diese Ausführung wird in dem nämlichen Teile des „Vorwärts“ gemacht, und sie wird nun vom „Correspondent“, wie ich seiner Zeit gelesen habe, als „blödsinnig“, „verrückt“ usw. bezeichnet.“

Herr Stövel hat die Zeit des Reichstags mißbraucht, um dem „Vorwärts“ eine Äußerung anzudichten, die, wie wir hiermit feststellen, niemals im „Vorwärts“ gestanden hat.

Bergewaltigungsneigungen. Die „Konservative Korrespondenz“ bietet ein nettes Beispiel, wie die Reaktion Scheinbegründungen für ihre Forderungen sucht. Sie hat den Verdacht, daß die Sozialdemokratie bei der Beratung des sozialpolitischen Etats längere Reden halten lasse, nur um „das rechtzeitige Fertigstellen

des Etats und den Sessionschluss vor Osten zu verhin-
dern. Diese Unterstellung, von deren Verlogenheit die
„Konf. Korrespondenz“ natürlich selbst überzeugt ist, wird dann,
da man den Lesern irgend einen Grund solcher angeblichen Absichten
der Sozialdemokraten beibringen muß, durch die weitere
Lächerlichkeit „begründet“, daß die Sozialdemokraten „durch die
Hinauszögerung des Sessionschlusses die bürgerlichen Parteien
vom rechtzeitigen Eintritt in die Wahlbewegung abhalten“
wollen. All dieser und anderer Unsinns wird zusammen-
geknüpelt, um schließlich anzudeuten, daß „die Reichstags-
Mehrheit sich weiche entziehen müssen, solchen Plänen gegebenen-
falls einen Stempel vorzulegen“. So taufet man nach Vorwänden,
die man etwa zur Demantelung neuer Rechtsbrüche nutzen könnte.
Es scheint nun zwar, wie jetzt die Dinge liegen, ausgeschlossen, daß
diese Forderungen Erfolg haben werden, aber der Vorgang zeigt,
„wie es gemacht wird“ und wie man es in den Tagen der Voll-
vergewaltigung gemacht hat. —

Die Diskussion über das Wahlrecht im Reich und in Preußen
hat die „Post“ ganz aus dem Häuschen gebracht. Ihr Euzismus
übersteigt alle Grenzen. So führte sie dieser Tage aus, daß die
Kerneinteilung der Wahlkreise nach dem Sinn der Verfassung in
Berlin und anderen großen Industriezentren der Sozialdemokratie
Gelegenheit geben würde, aus eigener Kraft, ohne jegliche Unter-
stützung anderer Parteien Mandate zu erringen. Und ihre Schluss-
folgerung aus dieser Sachlage?

„So ist es klar, daß auch Dr. Barth mit seinen Wahlkreis-
Kerneinteilungsplänen in Wirklichkeit in erster Linie die Sache der
Sozialdemokratie führt, und es ist daher umgekehrt naturgemäß
den Grundregeln staatsrechtlicher Politik entsprechend, die Wahl-
kreis-Einteilungspläne, wie es seitens der Mehrheit des Ab-
geordnetenhauses auch geschehen ist, glatt abzulehnen.“

Immerhin ist diese Brutalität noch der Scheinheiligkeit der
Centrumpresse gegenüber vorzuziehen, die wieder und wieder ver-
sichert, wie wünschenswert es ihr erscheine, einige Sozialdemokraten
in den Landtag einzeln zu setzen, während ihre Vertreter sich
genau so verhalten wie die Konserwativen.

Mit Begeisterung erwärmt sich die „Post“ für den Vorschlag
eines Oberlandesgerichtsrats Schmölde, der verlangt, das Wahl-
recht solle für solche Personen ruhen, die zu einer Geldstrafe ver-
urteilt, diese noch nicht voll bezahlt hätten! Nur eine
Vermehrung Schmölde's erregt ihre Verwunderung. Schmölde meint,
denjenigen, der durch den Umstand, daß er feines Wahlrecht be-
raubt sei, zur möglichst schnellen Abzahlung seiner Geldstrafe ge-
drängt würde, könnten Freunde, Vereine oder auch die Gemeinde
durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit oder Darlehen beistehen.

Aber die „Post“, die die „Sparsamkeit“ ihrer eignen Partei-
genossen ebenso genau wie den Opfermut der Proletarier,
will die Zahlung durch andre nicht zulassen. Jedenfalls müßten bei
Bezahlung von Geldstrafen durch andre ebenso scharfe Strafen an-
gedroht werden, wie sie schon jetzt für Verletzung und Stimmen-
kauf vorgehoben sind. Der „Post“ ist jedes Mittel recht, Wähler
aus den unbemittelten Schichten der Bevölkerung des Wahlrechts zu
berauben, und wäre es noch so wahrhaftig. —

Korn, Dada u. Co.

In Trier giebt es eine paritätische höhere Lehrerschule, für
deren Erweiterung im gegenwärtigen Schulgesetz 75 000 M. gefordert
werden. Gegen solch göttliches Teufelswerk hat nun der Bischof Korn
und sein journalistischer Kaplan Dada einen Verweigerungsbescheid
eingeleitet, der jetzt so weit gediehen ist, daß Herr Korn in den
Kirchen Triers verstanden ließ, den Mädchen, die jene Schule besuchen,
würde die Kommunikation verweigert werden. Herr Dada aber will,
wie die „Zef. Zig.“ erzählt, im Abgeordnetenhaus gegen die For-
derung der 75 000 M. sprechen.

Es ist immer möglich, wenn das Centrum die Toleranz-
Maske abwirft und zu scheinen wagt, was es ist. Toleranz
gegen Abergläubige bedeutet die Aufhebung des katholischen
Lebensprinzips und nur, wo der Merikalismus sich schwach fühlt,
nimmt er zur Toleranz seine Zuflucht. Er duldet, weil er selbst der
Duldung bedarf. In Trier aber bedarf der Merus einfach keine
Nachsicht und mit schrecklichen Kirchenstrafen und parlamentarischer
Verweigerung sucht er die Ausgestaltung einer paritätischen Schule zu
verhindern. Und von ihrer Anschaffung aus und nach der privilegierten
Stellung, die die Kirche im Staate einnimmt, hat der Merikalismus
durchaus recht, so zu handeln. Mit der katholischen Kirche giebt es
keinen Pakt. Entweder unterwirft man sich ihr mit Leib und Seele,
oder man bricht mit ihr völlig. Für wen die Verweigerung der
Kommunion noch eine Strafe bedeutet, der darf sich nicht wundern,
daß man ihm den Besuch einer paritätischen Schule verweigert.
Freilich darf man nicht vergessen, daß es sich hier um ein miß-
bräuchliches Spiel mit jungen Seelen handelt; es wäre die Sache
der Eltern und — der Schule, die Kinder von der Furcht vor solchen
Kirchenstrafen zu befreien. Das aber wagt man nicht. —

Obst wird er doch — nämlich der Kanal, hat der Minister
Möller in Hannover gesagt. „Er wird aber noch einige Zeit warten
müssen“ — spottet die „Deutsche Tageszeitung“.

Ein Beitrag zur Schuttmannfrage. Der Magistrat der Stadt
Lügny beantragt die Anstellung eines dritten Polizeiwachmeisters
mit folgender Begründung: Die Polizeibeamten, welche den Nach-
dienst zu versehen haben, müssen einer strengeren Kontrolle
als bisher unterworfen werden, da dieselben — natürlich mit Aus-
nahmen — mehrfach angekränkt und daher unzuverlässig in der
Ausübung ihres Dienstes betroffen worden seien. Nach der „Voss-
sche Zeitung“ wurde nach dieser in nichtöffentlicher Sitzung abgegebenen
Erklärung die Stelle bewilligt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in
Glatz der Steinbrucharbeiter Carl Frenzel aus Wülldorf zu fünf
Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter
Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es ist dies die zweite Verurteilung
vor dieser Strafkammer in drei Wochen. Die erste lautete, wie be-
richtet, auf ein Jahr.

Wahlvorbereitungen.

Zwei konservative Kandidaten hat nunmehr der Kreis Frankfurt-
Lebus. An Stelle des bisherigen Kandidaten hat sich der bekannte
Baumeister Felsch dort aufstellen lassen. Nunmehr aber will auch
der jetzige Abgeordnete des Kreises Naale wieder mitspielen: Er er-
läßt folgende öffentliche Erklärung:

„In dem für den Baumeister Herrn Felsch erlassenen Wahl-
auftrag findet sich am Eingang die Behauptung, daß ich nicht
wieder kandidieren werde. Dieses ist unrichtig, vielmehr habe ich
mich nach anfänglichem Sträuben bereit erklärt, meine persönlichen
Interessen hinten anzusetzen und eine auf mich fallende Wahl
wieder anzunehmen.“

Hoffentlich entbehrt die Sozialdemokratie die beiden Rivalen des
Schmerzes, daß einer von ihnen siegt.

Im Wahlkreis Naumburg-Weißfels-Zeiß hat der Kan-
didat der Nationalliberalen, Mittelgutsbesitzer Dippe die
Annahme der Kandidatur für die bevorstehende Reichstagswahl
abgelehnt. Sonach hat der nationalliberale Agrarier gesiegt.

Obersächsische Centrumsführer. Auch im Wahlkreis Falken-
berg-Grottau macht der Bund der Landwirte dem Centrum
Konkurrenz. Damit wird der neunte Sitz gefährdet.

Die Wittener wollen nicht mehr mit den Konserwativen zusam-
mengehen. Das letzte Mal wählten sie den konserwativen Ratshull.

Graf Reventlow will durch den Kreis Mittelst.-Hofgeismar in
den Reichstag kommen. Der bisherige Vertreter des Kreises, der
Antifisch Vogel, hat ihm seine Kandidatur abgetreten. —

Ausland.

Die Lohnbewegungen in Holland und die Reaktion.

Der Streik der holländischen Eisenbahngestellten und die
damit zusammenhängenden Lohnbewegungen und Streiks, namentlich
auch das nun wieder zurückgegangene Ultimatum der Gemeinde-Arbeiter
haben der reaktionären Presse selbstverständlich reichlich Stoff zu
Angriffen auf die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie,
deren leitende Personen hauptsächlich teilweise die Führung der
großen Bewegungen übernommen haben, gegeben. Hauptächlich
liegt es der Reaktion daran, ein Gesetz zu stande zu bringen,
das den Angestellten der Eisenbahnen die Arbeits-
niederlegung unmöglich macht. Die Vereinigung von
Eisenbahn- und Straßenbahn-Personal hat bereits Vorkehrungen
getroffen, daß die Annahme eines solchen Gesetzes mit allen den Angestellten
jetzt noch zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werde. Sollte
sich die Kammer geneigt zeigen, ein derartiges Gesetz zu beschließen,
so wird ein allgemeiner Streik der Eisenbahn-
Angestellten proklamiert und in Haag, wo bekanntlich
das Parlament tagt, eine große Demonstration veranstaltet.
Dieser Beschluß der Organisation gefällt selbstverständlich den
Reaktionären ganz und gar nicht und sie wissen keinen Rat, um
den Segensflüssen, die ihrer Meinung nach daraus entstehen können,
zuvorkommen, zumal wenn nun auch noch die Gemeinde-Arbeiter
von Amsterdam plötzlich die Arbeit einstellen würden.

Das was die reaktionäre Presse Hollands in dieser Hinsicht leistet,
wird noch übertroffen durch das was ein deutsches Scharf-
macherorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“
dieser Tage über die Streiks in Holland zum besten gab. Die sucht
ihren Lesern ein Grausen beizubringen und läßt sich aus Amsterdam
unterm 8. Februar telegraphieren: „daß die gesamte Arbeiterwelt
Amsterdams von einem sinnlosen Taumel erfasst ist. Der unerhörte
Ausgang des Eisenbahnerstreiks hat die Arbeiter aller Vermunft be-
raubt. Man spricht in Bulletin von „Abwerfen der Ketten“,
„Kampf gegen die Ausbeuter“ usw., man glaubt, der ganze
Niederlande sei gekommen, man laßt auf alle Wohnungen und
nimmt sich selbst die Herren. Die Bewegung ist die Frucht des un-
beraubten Phrasentums, das die rote Internationale gelehrt hat.
Und sie hat bereits das Stadium erreicht, worin die Anführer die
Gewalt über die Massen verlieren.“

So geht es in der bekannten Scharfmachermanier weiter. Daß
das eine ganz falsche Darstellung ist, beweist schon der
Umstand, daß der Streik auf den Eisenbahnen sowie auch
die Arbeit in den Gemeindebetrieben in aller Ruhe und Ordnung
fortgeführt wird. Die letzten Beschlüsse der Organisationen, die
Zurückziehung des Ultimatum der Gemeinde-Arbeiter usw. sind
beizeiten genug dafür, daß die Bewegung mit Ueberlegung
und Vorsicht geleitet wird und daß die Massen den guten
Gründen zugänglich sind, die für ein ruhiges Vorgehen sprechen.
Das genannte Scharfmacherorgan benützt die Vorgänge in Holland
auch dazu, gegen die Gewährung des Koalitionsrechtes an Eisenbahn-
angestellte zu wettern. Wenn es nach dem Herzenswunsch des Blattes
ginge, würde wohl überhaupt kein Arbeiter das Koalitionsrecht haben,
alle müßten sie willenlose Werkzeuge in Händen der Kapitalisten sein.
Der Eisenbahn-Verkehr in Holland wird selbstverständlich nicht im
geringsten gestört werden, wenn nur die Gesellschaften den
durchaus billigen Forderungen der Angestellten nachkommen, und die
Besserstellung der Arbeiter kann dann nur dazu beitragen, die Sicher-
heit des Betriebes zu erhöhen.

Das genannte Blatt läßt sich übrigens selbst aus Amsterdam
berichten, daß die Löhne der Eisenbahner und auch der Gemeinde-
Arbeiter sehr niedrig sind, und der Korrespondent versichert
sich sogar zu der Bemerkung: „Die gesamte Lohnbasis ist viel
niedriger als in Deutschland und erfordert dringend
eine gezielte Festlegung.“ Er fährt hierbei auch einige
Städtehinweise aus der Konfessions-schneiderei an. Am
in diesem Fach ist auch in Berlin und anderen Städten Deutschlands
die Ausbeutung bis aufs Äußerste gediehen, so daß anzunehmen
wäre, daß die Parteigänger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“
auch hier für gezielte Lohnregelung eintreten müßten.
Die Löhne der holländischen Eisenbahner sind übrigens so niedrig,
daß die meisten etwa 10 Gulden (17 M.) pro Woche verdienen und
oft 14—16 Stunden täglich Dienst haben. Ungefähr ebenso schlecht ist
die Lage der im Dienste der Stadt Amsterdam thätigen Arbeiter.
Zu verlangen, daß diese Leute ihre schwere und aufreibende Arbeit
für solch erbärmliche Löhne verrichten, weil die Gemeinde sich zur
Zeit in einer schlechten Finanzlage befindet, ist doch unverantwort-
lich. Uebrigens sind die Gemeindebetriebe durchaus nicht an dem
Geldmangel der Stadt schuld, sondern rentieren sich ganz gut und
die Stadt steht sich jedenfalls besser dabei als früher, wo sie vom
Unternehmertum abhängig war.

Die Anarchie — aufgejähert, unter diesem Titel
wird der „Rhein.-Westf. Zig.“ unterm 9. Februar aus Amsterdam
geschrieben: „So plötzlich wie sie herangeführt, ist die Amsterdamer
Streikbewegung wieder abgeebbt. Wenigstens einstweilen. Die Ein-
berufung der Milizen hat sofort ihre Wirkung gethan. Wo
wirklich Ernst? Man ist das nicht gewöhnt, daher die Frech-
heit. Haben wir nicht immer betont, es müsse ein andres
Regiment, ein bishiges Sämeid in Holland kommen?“ — Das Blatt
sucht hier den Glauben zu erwecken, als ob die Einberufung der
Milizen von 1900 und 1901, die die Regierung dieser Tage
vorgenommen hat, das Wunder bewirkt hätte, daß jetzt Ruhe in Holland
herrscht. Das ist eine grobe Fälschung. Thatsächlich hat die
Regierung diese umfassenden militärischen Maßnahmen getroffen,
nachdem die großen Streiks, bis auf den der
Zuhelente, zu Ende waren, und die Erbitterung, die
hier und da in den Köpfen der Arbeiter aufgestiegen
war, lange einer ruhigen Ueberlegung Platz gemacht hatte. Die
Milizen hätten übrigens auch früher nichts zu thun gefunden und
jetzt werden die holländischen Arbeiter auch nicht so dumm sein, dem
Militär Anlaß zum Einschreiten zu geben. Zudem scheinen auch die
Milizen nicht geneigt zu sein, auf ihre Massengenosse oder gar auf
ihre Auerwandten zu schießen. Aus mehreren Orten wurde ge-
meldet, daß sie bei der Abreise nach ihren Garnisonplätzen sozialistische
und Freiheitsslieder gesungen haben. —

Marokko.

Aus Tanger wird vom 16. Februar gemeldet: Zwischen den
Sultanstruppen und den Anhängern des Thronwerbers fanden
mehrere blutige Gefechte mit zweifelhaftem Aus-
gange statt. Der Thronwerber takt angeblich wieder gegen Fez
vor. Der französische Dampfer „Goule“ landete heute hier für den
Sultan zwei Batterien Kreuzot-Geschütze.

Oesterreich-Ungarn.

Gedenkfeier für die Triester Gefallenen. Wie das „Bureau
Herold“ aus Triest vom Montag meldet, nahm eine von der socia-
listischen Parteileitung anlässlich des Jahrestages der vorjährigen
Triester Februarkämpfe veranstaltete Trauerfeier auf dem
St. Anna-Friedhofe einen imposanten Verlauf. Es nahmen ungefähr
20 000 Arbeiter teil. Am Grabe wurden Reden in italienischer und
slowenischer Sprache gehalten und Kränze zum Andenken an die
Gefallenen niedergelegt. —

Schweiz.

Militärischer Sitzakurs.

Zürich, 13. Februar. (Eig. Ber.) Die Milizstände im schweizerischen
Militärwesen sind wie im militärischen Auslande zu einer stehenden
Rubrik in der Presse geworden, wobei auch immer wieder der un-
vermeidliche Gerfack erscheint. Im vorigen Jahre und auch in diesem
Jahre schon hat ein junger Jurist, der als gewöhnlicher Soldat
seinen Dienst leistete, im „Grüninger“ wiederholt Schilderungen des
Lebens von Offizieren veröffentlicht, die die schwersten
Bedenken über solche Zustände in einem Volksherrn erregen
müßten. Der mutige junge Soldat übernahm auch der inter-
venierenden Militärbehörde gegenüber die volle Verantwortlichkeit

für seine Veröffentlichungen, für deren Wichtigkeit er auch die
nötigen Beweise leistete. Es wurde gegen die beschuldigten
Offiziere die gewünschte Untersuchung geführt und deren Ur-
heber wartete mit Spannung auf deren Ausgang und auf die ihm
zugelegte Antwort. Diefelbe erfolgte nun in einem offiziellen
Communiqué im offiziellen Berner „Bund“, das im schoddrigsten
Tone gehalten von den „unauffälligen Heereien der social-
demokratischen Presse“ (sinnlos, dann aber zugeben mußte, daß
„ein Teil“ der Beschuldigungen voll begründet war und daß
die begangenen Verfehle „angemessene Ahndung“ ge-
funden hätten. „Zu einer Publikation der von ihr ge-
forderten Verfügungen sah sich die Militärbehörde nicht
veranlaßt, sie hatte dazu auch keine Verpflichtung.“ Dieser „Hof-
bescheid“, wie man dergleichen autokratisch-sinnodrige Publikationen in der
Schweiz nennt, machte den denkbar schlechtesten Eindruck und
förberte vortrefflich die Agitation gegen das reaktionäre, aus dem-
selben volksfeindlichen, undemokratischen Geiste geborene Maul-
krattengesetz, was sogar die summen Hunde der radikal-
gouvernementalen Presse zugeben mußten. Die begangene Fellei
begriff man nun auch in Bern und rasch erfolgte die Abwiegung.
Der reaktionär-autokratische Kriegsminister,
Bundesrat Müller, veröffentlichte mit seiner Unter-
schrift einen Erlaß an die Abteilungschefs und Armeekom-
mandanten zu Händen der Instruktionsoffiziere in der Presse, durch den
sie aufgefordert werden, die Kammandant anständig zu behandeln, ihr die
nötige Ruhe und Erholungszeit zu lassen und nicht durch Chikanen
aller Art, wie Konfignierung, Strafexerzieren u. zu schmähen, für
rechtzeitige und gute Verpflegung sowie gehörige Unter-
kunft zu sorgen. Unter andern Umständen würde man diesem
Dienstbefehl eine wichtige, sachliche Bedeutung beigelegt haben; so
aber kam er nur als ein politisch-demagogischer
Schachzug angesehen werden, der gar nicht ernst gemeint ist und
der an dem militärischen Geiste der Offiziere auch gar nichts ändern
wird. Inzwischen bleibt das Militärdepartement noch
immer den aufklärenden Bericht über die erwähnte Unter-
suchung schuldig, dessen Veröffentlichung wahrscheinlich mehr
Wert hätte als der aus tatsächlichen, politischen Gründen erlassene
Dienstbefehl. —

Spanien.

Die Auslandsbewegung der Arbeiter hat sich in Vigo
und Drense verästelnet. Die ländlichen Arbeiter in
der Provinz Sevilla sind in den Ausstand getreten. —

Niederlande.

Das Wachstum der Sozialdemokratie. An der vorigen Woche
 fand im Wahlkreis Middelburg eine Nachwahl zur zweiten Kammer
 statt. Gewählt wurde der Antirevolutionäre Lucasse mit 3704 gegen
 1184 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten Bergmeijer fielen.
 Im Jahre 1901 erhielt unser Parteigenosse nur 607 Stimmen. —

Dänemark.

Die Neuwahlen zum Folkething werden voraussichtlich bereits
 Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden. Die Regierung hat den
 leitenden liberalen Abgeordneten wissen lassen, daß die gegenwärtige
 Legislaturperiode wenn möglich spätestens am 7. April geschlossen
 werden soll. — Die Zeit wird dann wohl gerade noch ausreichen, um
 die den Agrariern vorteilhaften Steuererfolge, über die sich jetzt die
 Liberalen im Folkething mit den Freikonserwativen im Landsting
 geeinigt haben, unter Dach zu bringen. Eine Anzahl für das Volk
 sehr wichtige Gesetzentwürfe, wie die Gerichtsreform, die Schul-
 reform, die Reform der Ehegesetze und die Arbeitslosigkeit-Gesetze
 werden dagegen vorläufig liegen bleiben. —

Bulgarien.

Die Verhaftung des macedonischen Komitees.

Die bulgarische Regierung hat die Häupter des macedonischen
 Komitees, Jontschew, Michailowitsch und Stamschew verhaftet. Auch
 gegen die früheren Vandalenführer Jankow und Nicolow sollen Haft-
 befehle erlassen sein. Da ein Verbleiben in Haft nur bei gericht-
 lichem Antrage zulässig ist, wird, wie verlautet, Anklage wegen
 Vandalenbildung erhoben werden.

Jontschew und Michailowitsch waren bereits früher einmal ver-
 haftet worden. Nachdem ihnen gelungen war, aus der Haft zu ent-
 fliehen, konnten sie bis jetzt ihre Agitation ungehindert fortsetzen.
 Das jetzige schärfere Vorgehen der bulgarischen Regierung ist jeden-
 falls auf die Einwirkung Russlands und Oesterreichs zurückzuführen,
 die ja in der macedonischen Frage eine gemeinsame Politik verein-
 bart haben.

„Es ist zum erstenmal“, schreibt die „R. Fr. Pr.“, „der bulgaris-
 chen Regierung drastisch zum Bewußtsein gebracht worden, daß die
 Zeit vorüber ist, in welcher ein Balkanstaat auf einen Gegenstand
 zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland rechnen und hoffen konnte,
 diese beiden Mächte gegen einander auszuspielen. Der Schritt
 gegen die macedonischen Komitees und deren Führer beweist, was
 veranlassungsgemäß in Sofia schon seit dem Wiener Besuche des Grafen
 Lambsdorff hätte eingeschlagen werden sollen, daß kein Balkanstaat sich
 vermaßen darf, dem nunmehr in einem brennenden Falle erprobten
 gemeinsamen Willen Oesterreich-Ungarns und Russlands, den Status
 quo auf der Balkan-Halbinsel zu erhalten, sich zu
 widersetzen.“

Afrika.

Aus Pretoria wird gemeldet: Der neue gesetzgebende
 Rat wird aus 30 Mitgliedern bestehen, von denen zehn aus
 englischen Beamten ernannt werden. Nicht nur die
 Generale, sondern auch sonstige angesehenen Boeren
 lehren den Eintritt in diese Körperschaft ab, da sie sich von ihr
 keinen Erfolg versprechen. —

Aus Industrie und Handel.

Dividenden-Verteilungen. Die Bayerische Handelsbank in München
 verteilt eine Dividende von 8,05 Proz. (wie im Vorjahre). Der
 Jahresgewinn beträgt 2 958 444 M. — Die ungarische Kreditbank
 beschloß eine Dividende von 34 Kronen (im vorigen Jahre 30 Kr.),
 d. h. 8 1/2 Proz. zu zahlen. Der Reingewinn beträgt 3 686 800 Kr.
 — Die Deutsche Grundkreditbank in Sofia giebt 7 Proz. Dividende
 (wie im Jahre 1901). Der Reingewinn stellt sich auf 1 345 842 M.
 (1 276 448 M. im Vorjahre). — Die Sächsische Bodenkreditbank in
 München verteilt 8 Proz. Der Reingewinn beträgt 2 874 029 M.

Deutsche Genossenschaftsbank von Sözege, Parrissus u. Co.,
 Berlin. Seit der Uebertragung, die im August vorigen Jahres der
 außerordentliche Rechnungsabschluss der Deutschen Genossenschafts-
 bank erregte, der die Notwendigkeit von Abschreibungen und Rück-
 stellungen im Gesamtbetrage von circa 3 1/2 Millionen Mark nach-
 wies, hat sich die Bank beiseitend in im Hintergrunde gehalten.
 Jetzt tritt sie mit ihrer Halbjahresbilanz pro 31. Dezember 1902
 hervor. Da von der letzten Generalversammlung das Geschäftsjahr,
 das früher mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, auf die
 Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni verlegt worden ist,
 hätte die Genossenschaftsbank ihre Bilanzanstellung bis
 zum Juli oder August dieses Jahres anschieben können. Da
 sie dies nicht gethan hat, sondern eine Halbjahresbilanz aufstellte,
 ist nach den Vorgängen im vorigen Jahre anzuerkennen und beweist
 zugleich, daß die Verwaltung glaubt, die Geschäftslage des Instituts
 habe sich seitdem wesentlich gebessert. Und thatsächlich ist der Status,
 den die Ziffern der diesmaligen Bilanz nachweisen, wenn auch
 keineswegs ein glänzender, so doch ein solider als in der vorigen
 Bilanz, und beweist, daß die Bank sich wieder mehr ihrer früheren
 Aufgabe: dem Kreditverkehr mit den Genossenschaften und der Ver-
 mittelung zwischen diesen angewandt hat.

Nach Mitteilung der Bank setzt sich der Gewinn für das Halbjahr
 vom 1. Juli bis 31. Dezember aus folgenden Posten zusammen:

Einnahmen: Zinsen 654 552 M., Diskontogewinn 206 192 M., Provisionkonto 258 978 M., Effekten 102 714 M., Konfortialen 25 701 M., Ausgaben: Unkosten 351 810 M., Zinsen 261 492 M., Der Gewinnsaldo beträgt 655 471 M., während sich für das ganze Jahr 1901 ein Gewinn von 1 132 055 M. ergab.

Die Hauptposten der Bilanz sind:

Aktiva		Passiva		
	30. Juni 1902	31. Dez. 1902		
Kassa-Konto	3 010 201	2 320 198	Kapital	36 000 000
Wechsel-Konto	18 250 827	16 840 626	Reservefonds	4 670 000
Devisen-Konto	877 134	263 166	Kreditoren	20 054 120
Eigene und reponierte Effekten	7 206 584	7 094 323	Giro	6 788 484
Debitoren	49 188 017	41 828 150	Accept-Konto	14 766 400
Giro-Konto	1 582 532	1 054 208	Kont-Konto	1 880 014
Beteiligungen	3 843 071	2 745 810		

Das Debitoren- sowie das Wechsel-Konto hat eine wesentliche Erleichterung erfahren, während andererseits das Kreditoren- und Accept-Konto sich um ca. 7 1/2 Millionen Mark vermindert hat.

Eisenbahnbau in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach vorläufiger Zusammenstellung der Angaben amerikanischer Eisenbahn-Gesellschaften und ergänzenden Schätzungen wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika während des Jahres 1902 im ganzen 6026 englische Meilen neue Eisenbahnlängen fertiggestellt. Eine solche Leistung ist seit dem Jahre 1888 nicht erreicht worden. Die Zahlen lassen außer Betracht den Bau von zweiten Geleisen, Nebengeleisen der Eisenbahnen, von Straßenbahnstrecken, auch Erneuerungen schon bestehender Linien, insofern bei ihnen nicht eine völlige Verlegung der Strecken stattgefunden hat, wie das bei der Süd-Pazifikbahn zwischen einigen Klagen Nevadas der Fall war.

An den Neubauten waren 42 Staaten und Territorien beteiligt. Die größte Bautätigkeit hatte Oklahoma mit 570 Meilen neuer Strecke aufzuweisen, dann folgten Texas mit 496, Arkansas mit 371, das Indianerterritorium mit 363, Georgia mit 330 Meilen. Illinois, Iowa, Missouri und Neu-Mexiko bauten je mehr als 200 Meilen, Alabama, Kalifornien, Florida, Louisiana, Michigan, Minnesota, Mississippi, Ohio, Pennsylvania, Washington, West-Virginien und Wisconsin je zwischen 100 und 200 Meilen.

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg hat in ihrer Sitzung vom 4. Februar, nach eingehender Besprechung, zu der ich zugezogen war, beschlossen, mich von der von ihr herausgegebenen Nebenliste der Partei zu trennen. Diese Entscheidung rechtfertigt die Kommission damit, daß sie es nicht mehr verantworten will, mich als socialdemokratische Referentin zu empfehlen, nachdem ich mehrfach meine abweichenden Ansichten über die Stellung der Gewerkschaften zur Socialdemokratie und den übrigen Parteien sowie über die Aufstellung von Gewerkschaftskandidaten zu den Parlamenten geäußert habe.

Zu meinem Bedauern verzichtet die Kommission darauf, die Motive ihres Vorgehens öffentlich bekannt zu geben, und ich sehe mich daher zu einer Erklärung im „Vorwärts“ gezwungen. Einerseits soll diese den Zweck haben, diejenigen Genossen, welche mich trotz der Streichung noch zu Vorträgen auffordern werden, über meine Stellung zu der Partei und meine Anschauungen überhaupt zu unterrichten. Andererseits möchte ich durch diese Veröffentlichung klarlegen, aus welchen Gründen ich mich trotz meiner, in verschiedenen wesentlichen Punkten abweichenden Ansichten zur socialdemokratischen Partei zähle. In dem Streichungsbeschluss kann ich natürlich ungeachtet der ausdrücklichen Verwahrungen der Kommission, nicht anders sehen, als ein Überleben der Parteizugehörigkeit und da mir das Organisationsstatut keine Berufungsinstanz offen läßt, bleibe mir nichts übrig, als die ganze Angelegenheit der Begutachtung der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Von dem Gedanken ausgehend, daß die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse in einer allgemeinen, d. h. alle Stände umfassenden politischen Partei keine wirklich demokratische und den Bedürfnissen des Arbeiterstandes völlig entsprechende organisatorische Grundlage haben kann, halte ich es für notwendig, daß die Arbeiterorganisationen als reine Ständes- und Berufsvertretung alle social- und wirtschaftspolitischen Tagesfragen vom parteilosen Standpunkt einer entschiedenen Klassenpolitik aus prüfen und dementsprechend ihre Forderungen ausarbeiten sollen, um sie der Regierung und den verschiedenen Parteien vorzulegen. Daß diese unabhängige politische Tätigkeit außerhalb der Parlamente zunächst die Beeinflussung der bestehenden Parteien, dann aber auch die Vorbereitung einer selbständigen parlamentarischen Aktion der Arbeiterorganisationen zur Folge haben wird, scheint mir unvermeidlich und auch wünschenswert. Die im Lohnkampf taktisch geschulten und von der verantwortlichen und opferwilligen Kleinarbeit aller Mitglieder getragenen Gewerkschaften scheinen mir eine vollkommenere Garantie für die erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeiter zu bieten, als die politischen Parteien, deren Mitgliedschaft oft mehr als die gemeinsamen materiellen Forderungen die Lebensgemeinschaft der idealen Ziele und der Gesinnungstraditionen zusammenhält.

Wenn ich nun trotz dieser Auffassung einer politischen Partei angehöre und meinerseits auch durchaus nicht die Absicht habe, diese Mitgliedschaft zu lösen, so geschieht dies einmal, weil ich der Meinung bin, daß die Socialdemokratie durch das ihr zu Grunde gelegte Prinzip zu derjenigen Form der parlamentarischen Vertretung gedrängt werden wird, die dem Ideal der Demokratie am nächsten kommt. Vor allem glaube ich aber, daß die Socialdemokratie im Laufe ihrer Entwicklung vor die Alternative gestellt werden wird, entweder auf die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ ganz zu verzichten oder eine ausschließliche Vertretung der Arbeiterklasse zu werden. Letzteres hätte meines Erachtens eine Umbildung der organisatorischen Grundlage in der Richtung der Gewerkschaftspartei zur Folge, und die Thatsache, daß heute schon die Socialdemokratie vorwiegend aus Arbeitern besteht, läßt mich diese Entwicklung als die wahrscheinlichere annehmen. Daß sich mein Wille innerhalb der Partei nur in der hier von mir als wünschenswert gekennzeichneten Richtung bewegen kann, ist selbstverständlich, ebenso klar ist es aber auch, daß ich mich vollkommen bereitwillig fühle, dieser Partei als derjenigen anzugehören, welche sowohl in Bezug auf ihre demokratisch-socialen Grundzüge und ihr aktuell-parlamentarisches Wirken als auch in Hinblick auf das Vorhandensein der Vorbedingungen einer Reform im Sinne der reinen Arbeitervertretung den Ansprüchen der Gewerkschaften am nächsten kommt.

Fanny Jule.

Wie veröffentlicht diese Erklärung, weil die Einsenderin mit der Begründung darum ersucht, daß ihr kein anderer Weg offenstehe. Der Standpunkt, den Fräulein Jule einnimmt, und der den Beschluß der Agitationskommission vollkommen rechtfertigt, war uns längst bekannt. Er ist besonders deutlich zum Ausdruck gekommen in einem Artikel im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ am 31. Dezember 1902. Sie fordert darin in ausführlichen Darlegungen die Aufstellung von Gewerkschaftskandidaten gegenüber den Kandidaten der politischen Partei. Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß innerhalb einer Partei die Frage völlig indiskutabel ist, ob man ihren Parlamentskandidaten die Kandidaten anderer Organisationen entgegenstellen soll. Wenn wir trotzdem diese Ausführungen

des Fräulein Jule mit Stillschweigen übergingen, so nur deshalb, weil wir ihnen als den Kennerinnen vollständiger politischer Realität, die nichts hinter sich hat, gar kein Gewicht beilegen, und weil wir andererseits hofften, daß gereifere Erfahrung vielleicht das Fräulein noch klarer denken lehren werde. Daß man aber jemand mit solchen Anschauungen, wie sie auch in der vorstehenden Erklärung zum Ausdruck kommen, nicht die Propaganda für unsere Partei übertragen kann, ist doch so selbstverständlich, daß es eben wieder nur die politische Unklarheit des Fräulein Jule kennzeichnet, wenn sie sich darüber wundert und wenn sie sich mit ihren Ansichten noch immer zur socialdemokratischen Partei rechnet.

Redaktion des „Vorwärts“.

Zu dem tragischen Ereignis in Nürnberg wird uns von dort noch geschrieben: Die Anschuldigung gegen den Genossen Leist gründete sich auf die Aussage eines merkwürdigen Mädchens, die Tochter einer früher mit der Familie Leist sehr befreundeten Familie. Die unsittliche Handlung soll schon auf zwei Jahre zurück datieren, und Anzeige wurde erst dann gemacht, als die beiden Familien sich entzweiten. Die Untersuchung ergab die Anschuldigung Leists, so daß er außer Verfolgung gesetzt wurde. Als die Untersuchung gegen ihn eingeleitet war, wurde er mit seinem Einverständnis von der Funktion als Parteisekretär vorläufig suspendiert, zu seiner Stellvertretung wurde der Gauvorsitzer Genosse Kadl bestimmt. Nachdem das Verfahren eingestellt war, sollte er am Sonntag früh sein Amt wieder antreten. Er übernahm im Bureau von Kadl Bücher, Belege und Kasse, und nach erfolgter Uebergabe sagte er: „Jetzt will ich mal die Fenster zumachen, denn hier ist's kalt“. Damit hing er auf den vor dem Fenster stehenden Tisch, während Kadl sich anschickte, die benutzten Bücher an ihren Ort zu legen. Da hörte er plötzlich einen dumpfen Schlag und Leist war verschwunden — er war aus dem Fenster in den Hof hinabgefallen. Unten schlug er auf einen dort stehenden Schraubstock auf und erlitt furchtbare Verletzungen; Schädel, Arme und Hüfte sind doppelt gebrochen, ein Auge ist ausge schlagen. Ein sofort herbeigekommener Arzt legte Kotverbände an und die freiwillige Sanitätskolonne schaffte den Verunglückten ins Krankenhaus. Er lebt noch, ist aber meist bewusstlos und hat keine klaren Augenblicke. Am Sonntagmittag hatte sich sein Befinden etwas gebessert, doch ist nur geringe Hoffnung vorhanden, daß er mit dem Leben davonkommen wird. Ob er vom Schlag erfaßt wurde und zu fällig hinabfiel oder ob er aus freier Entschleierung seinem Leben ein Ende bereiten wollte, ist nicht aufgeklärt, aber allgemein neigt man der Ansicht zu, daß er in einem Anfälle geistiger Störung den Tod suchte. Die gründliche Anschuldigung hatte ihn seelisch tief erregt. Er war seit einiger Zeit ganz verstimmt, und in den letzten Tagen, als die Untersuchung schon eingestellt war, trug er ein sehr aufgeregtes Benehmen zur Schau, so daß seine Angehörigen, denen gegenüber er mehrfach Selbstmordgedanken äußerte, sehr um ihn besorgt wurden.

Leist, ein Norddeutscher, stand in der Arbeiterbewegung mit in den vordersten Reihen und hat für die Partei erhebliche Opfer gebracht. Anfangs der 80er Jahre wurde er auf Grund des Socialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen und von Ort zu Ort gehetzt, bis er sich endlich in Nürnberg dauernd niederließ, wo er in der Partei eine geachtete Stellung einnahm. Bis Februar 1902 war er als Stein drucker tätig, seit dieser Zeit bekleidete er die Stellung als Parteisekretär.

Eine Vierteljahrhundert-Feier der Socialdemokratie Dänemarks. Am 12. Februar waren 25 Jahre verflossen, seit der „Socialdemokratische Verband“, die politische Centralorganisation der dänischen Arbeiterschaft, die eine Reihe von Jahren auch die Centrale für die Gewerkschaften bildete, gegründet wurde. Die erste Organisation der dänischen Socialdemokratie wurde freilich schon im Jahre 1871 als Abteilung der „Internationale“ gegründet, wurde jedoch 1878 durch ein Urteil des höchsten Gerichts aufgelöst. Erst nach Verlauf von fünf Jahren konnte dann die Gründung der neuen Centralorganisation vorgenommen werden. Bereits im Jahre 1880 arbeitete der socialdemokratische Verband zwei Gesetzesvorschläge aus — über staatliche Krankenpflege und über Staatshilfe zur Arbeitslosen-Unterstützung der Gewerkschaften — und reichte sie dem Reichstage ein; dann 1882 Gesetzesvorschläge über Altersversorgung und über den Achtstundentag, die ebenfalls dem Reichstage zugestellt wurden. Im Jahre 1882 beteiligte sich die Partei in Kopenhagen zum erstenmal an den Wahlen; ein Erfolg wurde damals infolge geschicklicher Manipulationen des Wahlvorsehers nicht erzielt. Die ersten Wahlsiege wurden 1884 in Kopenhagen errungen, als die Genossen P. Holm und C. Hördum in das Folketing gewählt wurden. Jetzt hat die Partei 15 Sitze im Reichstage. Im Jahre 1886 beteiligte sich die Socialdemokratie zum erstenmal an den Kommunalwahlen in Kopenhagen, die ersten Wahlsiege wurden 1888 durch die Wahl der Genossen J. Jensen und S. M. Klausen errungen. Jetzt sitzen 19 Socialdemokraten im Gemeinderate und zwei im Magistrat.

Im Jahre 1878 war der Socialdemokratische Verband in Kopenhagen die einzige Partei-Organisation; 1883 begann dann die Bewegung in der Provinz Fuß zu fassen und zwar zunächst in Aarhus durch die Gründung einer Abteilung des Verbandes. Dort wurde im selben Jahre ein socialdemokratisches Wochenblatt gegründet. Jetzt hat der Verband in den verschiedenen Teilen des Landes zusammen 200 Abteilungen und die socialdemokratische Presse zählt 22 Tageszeitungen und einzelne Wochenblätter.

Bis zum Jahre 1885 wurde der Vorstand des Socialdemokratischen Verbandes ausschließlich von den Kopenhagener Genossen gewählt, jetzt besteht er aus 48 Mitgliedern, von denen 23 von und aus den Mitgliedern in der Provinz gewählt werden, 22 in Kopenhagen, und zwei sind Vertreter der Gewerkschaften. Der Hauptvorstand hält zweimal im Jahre Sitzungen ab. Die in Kopenhagen und Frederiksberg wohnenden Vorstandmitglieder bilden den geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes.

Der erste Geschäftsführer (Partei-Vorsitzende) war der jetzige Folketingsgesandte A. C. Meyer, der jedoch bald nach seiner Wahl ins Ausland reiste. Seit 1882 bekleidet diese Stellung ununterbrochen der jetzige Ratmann P. Knudsen. — Die Jubiläumfeier wurde im alten Versammlungshause der Arbeiterschaft in der Admersgade abgehalten.

Sociales.

Richtigstellung. In der Statistik der Berliner Gewerkschaftskommission über die Arbeitszeit in hiesigen Industriebetrieben ist eine kleine Unrichtigkeit enthalten. In der ersten zusammenfassenden Tabelle in der dritten Spalte heißt es in der letzten Reihe: „Unter 48 und über 60 Stunden“ arbeiten 186 Betriebe. In der Zahl 186 sind aber nicht bloß die Arbeitszeiten unter 48 und über 60 enthalten, sondern auch alle anderen — aus der großen Tabelle ersichtlichen — die in den sechs Hauptarbeitszeiten der Uebersicht nicht enthalten sind. Es muß also in der Spalte vor der Zahl 186 heißen: „Alle übrigen Arbeitszeiten.“ An den Schlussfolgerungen wird dadurch nichts geändert.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf Wunsch Beteiligten noch eine Erläuterung hinzugefügt. Es finden sich in der großen Tabelle unter „Wassermotoren“ zwei Betriebe, die länger wie 52 Stunden arbeiten, nämlich einer mit 54 und einer mit 56 Stunden; das sind Kalorienfabriken. Und ferner sind unter „Diverse Tischerei“ sechs Betriebe mit 60 Stunden; das sind Modellfabriken in Maschinenfabriken.

Mit dem Bauarbeiterhüte beschäftigt sich der Landtag vom Reich j. L. Die baugetrieblichen Arbeiter dieses Bundesstaates hatten ebenso wie ihre Kollegen in anderen Bundesstaaten eine Petition an den Landtag gerichtet um Verbesserung der Schutzvorschriften bei Bauten. In der Diskussion hat der Vertreter der Regierung, Staatsrat Kudschel, den Ausspruch, daß ein Mann, der sich in bewährten Gegenständen zu den Arbeitern stelle, als Baukontrolleur nicht angestellt werden könnte. Auf Antrag der Socialdemokraten wurde die Petition dem Petitionsausschusse überwiesen, so daß also die Einzelvorschläge vermutlich den Landtag nochmals beschäftigen werden.

Das Deutsche Centralkomitee für Lungenheilstätten wird seine diesjährige Generalversammlung am 16. Mai im Reichstageshause abhalten.

In derselben wird unter anderem Geheimrat v. Lehden über die Wirksamkeit der Heilstätten vortragen; auch soll die Aufgabe der Genesenden bei der Tuberkulosebekämpfung eingehend erörtert werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Genossinnen Schönebergs mache ich hierdurch ganz besonders auf die am 17. Februar bei Obft stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam, in der ein Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen gehalten werden wird. Bei der Bedeutung der Reichstagswahlen auch für die Frauen ist es von großem Werte für sie, diese Vorträge anzuhören, um die gewonnenen Aufklärung weiterzutragen zum Nutzen des arbeitenden Volkes. Darum, Genossinnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung! Die Vertrauensperson.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend hielt am 11. Februar seine regelmäßige Vereinsversammlung in Obft's Festsaal ab. Fräulein Ida Mann sprach über das Thema: „Was zum Grunde hingeht ist keine Sünde“. Dem Vortrage wurde reichlicher Beifall gespendet. In den Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung des Vereins Mittwoch, den 11. März in Obft's Festsaal, Weiningerstr. 8 stattfindet. Das Referat hat Fräulein Dr. Springer übernommen. Thema: „Verblutungen und Kurpfuscherei“. Gäste, Herren wie Damen herzlich willkommen. Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

Die erste ungarische Arbeiterinnenkonferenz hat am 1. und 2. d. M. in Budapest stattgefunden. Bisher scheiterten alle, seit Jahren unternommenen Versuche, die ungarischen Industrie-Arbeiterinnen zu organisieren, an unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Geistlichen hegen von der Kanzel gegen die Socialisten, was bei der religiös veranlagten ungarischen Arbeiterin die Wirkung nicht verfehlt. Auch die Fabrikanten haben durchaus nicht das Bestreben, den Arbeiterinnen den Beitritt zur Organisation leichter zu machen; in der Hinsicht sind ihnen die Einnahmen der Waffen ganz angenehm, wenn sie sonst auch noch so liberal und freisinnig thun. Arbeiterinnen der königlichen Tabakfabrik ist es direkt verboten, sich zu organisieren, selbst der Besuch von Belustigungen, die von Socialisten veranstaltet werden, ist ihnen bei Strafe der Entlassung verboten. Und dennoch kam die Arbeiterinnenkonferenz zu stande. Sie war von Delegierten der Buchdruckerinnen, Weißwäscherinnen, Schuharbeiterinnen, Woll- und Jutehändlerinnen und electrotechnische Arbeiterinnen und von weiblichen Handlungsangestellten besucht. Auch Beamten und Studentinnen waren anwesend. Bis jetzt sind im ganzen 700 Arbeiterinnen organisiert: 200 im Fachverein der Buchdrucker, 137 Buchbinderinnen und 300 Schuharbeiterinnen. Die übrigen verteilen sich auf mehrere Vereine. — Der erste Konferenztag wurde mit Vorträgen über die Lage der Arbeiterinnen ausgefüllt. Man hörte das alte Lied: elende Löhne, unwürdige Behandlung und dreizehnstündige Arbeitszeit. Sehr bitter beklagten sich die Arbeiterinnen über die Behandlung, die sie von den männlichen Arbeitern zu erdulden haben. Sie hoben hervor, daß sie von diesen nicht wie gleichwertige Kolleginnen behandelt werden, was von den Parteigenossen, die sich um das Zustandekommen der Konferenz sehr bemüht hatten, zugegeben wurde; sie versprachen dahin zu wirken, daß wenigstens von den organisierten Arbeiterinnen ein besseres Verhältnis angebahnt werde. Am zweiten Tage wurde ein guter Agitationsvortrag über „Die Frau und die Arbeiterbewegung“ gehalten. Zur Annahme gelangte eine Resolution, welche auspricht, daß die Lage der Arbeiterinnen nur dann verbessert werden kann, wenn sie sich organisieren und der socialdemokratischen Partei anschließen, welche Partei die einzige ist, die für die Befreiung jedes Proletariats kämpft. Der dritte Punkt: Wie sollen wir uns organisieren? wurde dahin erledigt, daß es wegen der Jurisdiktion der Frauen und wegen ihrer Ehen vor den Haushältern, in welchen sich die Vereine der Männer befinden, nicht möglich ist, die Frauen schon jetzt einzig auf die Gewerkschaften zu verweisen. Es soll als Uebergangsstadium ein Arbeiterinnenverein gegründet werden, der die politischen und moralischen Interessen der Arbeiterinnen zu schützen hat, dessen Hauptaufgabe aber sein soll, die Frauen für die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Eine neungliedrige Kommission wurde gewählt und mit der Ausarbeitung der Statuten und mit der provisorischen Leitung beauftragt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Venezuela.

Köln, 16. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Washington von heute: Die venezolanischen Primatwahlen, welche zur Sicherung der an Deutschland zu leistenden Zahlungen dienen sollen, sind dem deutschen Gesandten bereits ausgehändigt worden.

Luisa von Toskana.

München, 16. Februar. (W. S.) Aus wohlunterrichteten Kreisen wird der „Münchener Zeitung“ aus Salzburg mitgeteilt, daß Kaiser Franz Joseph auf Intervention des Papstes gestattet habe, daß die frühere sächsische Kronprinzessin nunmehr nach erfolgter Ehescheidung den Namen Luisa von Toskana führen darf. Ebenso wurde derselben unter gewissen Modalitäten die Rückkehr nach Oesterreich gestattet, weshalb sie das Sanatorium in Nyon in kurzer Zeit verlassen und in Begleitung einer Vertrauensperson nach Oesterreich zurückkehren wird. Bezüglich des Aufenthalts ist bisher noch keine Entscheidung getroffen, aber es dürfte in der Nähe von Salzburg sein. Auch nach der Ausöhnung zwischen der Prinzessin und ihren Eltern bleibt ihr der Verkehr mit den anderen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses auch ferner benommen.

Der vernichte Heringsdampfer.

Bremen, 16. Februar. „Soedmanns Bureau“ meldet aus Bremerhaven: Nach einem hier am Veltz eingetroffenen Telegramm ist der vernichte Heringsdampfer „Friedrich Albert“ an der Südküste Islands gestrandet und total verreckt geworden. Der Steuermann, der erste Maschinist und ein Mann der Besatzung, dessen Name noch nicht festgelegt ist, sind ums Leben gekommen. Die übrigen neun Mann der Besatzung wurden gerettet.

Havana, 16. Februar. (W. S. S.) Präsident Pelana hat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet, dem zufolge den letzteren das Recht gewährt wird, auf Cuba Flotten- und Kohlenstationen zu errichten.

Die Vertrauensmänner der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Doppel, Oranienburgerstr. 5 vorn III.
2. Wahlkreis: P. Scholz, Paruthstr. 21, Ecke Joffenerstr. 1.
3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralsstr. 7 v. IV.
4. Wahlkreis (D): Paul Schneider, Plamensstr. 48 III.
5. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Cuviersstr. 10, Hof II.
6. Wahlkreis: Leopold Liepmann, Lützenstr. 242 I.
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Panow, Florast. 36.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

B. Preßkommission:

- 1. Wahlkreis: Rich. Strehl, Einnemilinderstr. 118, I.
2. Wahlkreis: Albrecht Hille, Mariendorferstr. 1.
3. Wahlkreis: Otto Kräter, Oranienstr. 143, Seitenfl. IV.
4. Wahlkreis (Osten): Otto Wächner, Andraasstr. 75.
5. Wahlkreis (Südosten): Rich. Weise, Forsterstr. 39.
6. Wahlkreis: Wilhelm Friedländer, Gfasserstr. 25 II.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 107.
Teltow-Beeskow: Herm. Köster, Lehndorfer, Hensburgerstr. 2.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Rofstr. 23.
2. Wahlkreis: Wilhelm Revo, Gräfeistr. 6, Hof Duergeb. IV.
3. Wahlkreis: Wilhelm Ding, Prinzenstr. 66 v. IV.
4. Wahlkreis (Osten): D. Blume, Cuviersstr. 6 part.
5. Wahlkreis (Südosten): Rich. Sedler, Reichenbergerstr. 122.
6. Wahlkreis: Otto Fischer, Benjestr. 10.
Nieder-Barnim: Otto Riehe, Friedrichsfelde, Victoriastr. 4.
Teltow-Beeskow: Herm. Schliebig, Preis, Rofstr. 3.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Strojanowstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Rine, Reichenbergerstr. 135.
3. Wahlkreis: Karl Dimmid, Lützen-Über 11.
4. Wahlkreis (Osten): Albert Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 20.
5. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Wrangelstr. 110.
6. Wahlkreis: Franz Koylo, Mariendorferstr. 34.
Nieder-Barnim: A. Tauschmann, Neu-Wehensee, Gfasserstr. 15.
Teltow-Beeskow: Ernst Obst, Schöneberg, Reintingerstr. 8.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Felix Guttmann, Keanderstr. 10 II.
2. Wahlkreis: Hugo Wolderski, Stogelstr. 81.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 157 IV.
4. Wahlkreis (Osten): Ernst Wader, Große Frankfurterstr. 34.
5. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Doppelerstr. 21.
6. Wahlkreis: Leo Zucht, Kaiserstr. 4.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Jungbier-Kutscher ist beendet. Am Sonntag fanden Verhandlungen zwischen der Lokalkommission der Streikenden und den Brauereibesitzern statt, wobei nachstehende Tarifvereinbarungen getroffen wurden: Der Wochenlohn beträgt bei einem Umsatz bis zu 70 M.: 18 M., von 70-100 M.: 19,50 M., von 100-125 M.: 21 M., von 125-150 M.: 22 M., von 150-200 M.: 27 M., von 200-250 M.: 30 M., von 250-300 M.: 33 M., und über 300 M.: 36 M. An Provision wird gezahlt für Weichbier pro Liter 1/2 Pf. und Braumbier 2 Pf., letzterer Satz soll vom 1. Mai ab noch anderweitig festgelegt werden.

Die heute veranlassenen aushändigten Jungbier-Kutscher erklären sich mit dem von der Lokalkommission und den Brauereibesitzern vereinbarten Tarif einverstanden und verpflichten sich einmütig, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie erklären, daß wenn von irgend einer Brauerei Nachregelungen der Kutscher vorgenommen werden sollten, sie vor einer abermaligen Arbeitseinstellung nicht zurückschrecken.

Arbeitswilligen wird diese Karte nicht ausgehändigt. Ferner erwarten die Anwesenden, daß diejenigen Kollegen, welche vom Streik nicht in Mitleidenschaft gezogen waren, (d. h. ihr Bier aus ringfreien Brauereien bezogen), ihren übernommenen Verpflichtungen ebenfalls nachkommen und pro Mann 10 M. für die Opfer des Streiks an die Streikliste abliefern werden.

In der Versammlung ging die Meinung dahin, daß vorstehende Abmachungen der einigermassen gutem Willen der Brauereibesitzer auch bereits vor dem Eingangsamt hätten getroffen werden können, ohne daß eine gegenseitige Messung der Kräfte im Streik erst notwendig gewesen wäre. Der jetzige Tarif bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber den ersten willkürlichen Festsetzungen der Brauereibesitzer, in denen bekanntlich die Ursache des Streiks lag.

Lohnbewegung der Tischler. In einer außerordentlichen Branchenversammlung der Tischler, die am Sonntag tagte, wurde berichtet, daß die Vertreter der Fabrikantenvereinigung am Donnerstag vor dem Eingangsamt des Gewerbegerichts erklärt haben, daß sie sich auf keine Verhandlungen einlassen wollen, wohl aber bereit sind, den alten Vertrag auf weitere zwei Jahre zu unterschreiben. Einige Fabrikanten sind jedoch geneigt zu verhandeln. Im ganzen handelt es sich um 28 Arbeitgeber, von denen 26 der Vereinigung angehören. Die Zahl der für die Lohnbewegung in Betracht kommenden Arbeiter beträgt 275. — Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission und den Ortsvorstand, am Montag gemeinsam mit dem Centralvorstand, dem Aufsatz und den Vertrauensmännern darüber zu beraten, welche Schritte zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten zu unternehmen sind. Das Resultat dieser Beratung soll in einer Versammlung am Dienstag bekannt gegeben werden.

Achtung, Mechaniker, Uhrmacher, Dreher, Schlosser usw.! Der Streik bei Reyer u. Schmidt dauert unverändert fort. Wir ersuchen den Zugang streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Dreher, Schlosser und Schmiede bei Reyer, Kotted u. Co., Schönhauser Allee 78, dauert unverändert fort. Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Ortsverwaltung Berlin.

Die Einführung einer zeitlichen Arbeitslosen-Unterstützung hat die Berliner Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter am Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen. Schon seit längerer Zeit hatte sich die Leitung der Zahlstelle mit dem Gedanken getragen, die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, wenn der Verband in Berlin überhaupt eine nennenswerte Anerkennung erlangen sollte. Die Schwierigkeit der Agitation unter den Fabrikarbeitern wird fast allgemein in der Konkurrenz der anderen Verbände erblickt, und hauptsächlich ist es der Metallarbeiter-Verband, der infolge seiner Arbeitslosen-Unterstützung und sonstiger Vorteile die Fabrikarbeiter hartnäckig in seine Reihen hineinzieht, obwohl letztere gar keine eigentlichen Metallarbeiter sind. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte eine frühere Versammlung beschlossen, falls die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung von Verbänden abgelehnt werden sollte, diese für Berlin und Umgegend auf eigene Faust einzuführen. Da die vor einigen Monaten erfolgte Abstimmung des Verbandes auch die Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung ergeben hat, so sind die Revolutionsmächte der Zahlstelle Berlin und Umgegend zur Anordnung eines Unterstützungs-Regulativs zusammengereit, über dessen Annahme oder Ablehnung die betreffenden Versammlungen nunmehr zu entscheiden hatten. Bis jetzt hat sich die Zahlstelle Schöneberg für die Annahme erklärt, und auch die Berliner Versammlung nahm den Entschluß nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit an. Demnach wird für die Arbeitslosen-Unterstützung vom 1. April 1903 ab ein freiwilliger Ertragsbeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche erhoben.

Table with 2 columns: Category, Amount. Rows include 104, 156, 208, 260 and corresponding amounts like 1.17, 1.33, 1.50, 1.67.

Für weibliche Mitglieder die Hälfte. Die Monatszeit beträgt drei Tage. Alle übrigen Bestimmungen des Regulativs lehnen sich mehr oder minder an die für den Metallarbeiter-Verband gültigen Vorschriften an. Betreffs der finanziellen Fundierung und Leistungsfähigkeit wurden fast durchweg hoffnungsvolle Äußerungen laut.

Die Hirsch-Dunderschen unter sich. Aus dem Bureau des Gemeindefabrikanten-Verbandes wird uns gemeldet: Vor einigen Tagen fand eine Sitzung der Vertrauensleute des Ortsvereins der Straßenreiniger Berlins statt. In derselben, zu der Vertreter von Schöneberg, Charlottenburg und auch zwei Herren von den Desinfektoren, die dem Verbands der städtischen Arbeiter bisher angehört, geladen waren, sagte Herr Stadtv. Goldschmidt über den schlechten Zuwachs aus den Reihen der 12000 städtischen Arbeiter für den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein, während der Verband immer mehr und mehr zunehme. Besonders wurde von dem Herrn eine hübsche persönliche Agitation unter den Sanitationsarbeitern empfohlen, bei denen eine gewisse Neigung über die hohen Beiträge und Gehälter im „socialdemokratischen Verband“ vorhanden sei. Weiter erging er sich in unklarer Weise über das Aussehen der Socialdemokratie im roten Hause, ohne deren provokatorisches Thun und Lassen schon längst der Urlaub bewilligt und in andere bessere Positionen erreicht wäre. In der darauf folgenden Diskussion wurde empfohlen, die Versammlungen des Verbandes besser zu besuchen, um dort für die Ideen des Gewerbevereins Propaganda zu machen, während Goldschmidt befürchtete, damit nicht zum Ziele zu kommen.

Wie kann sich Herr Goldschmidt in solchen Extremen bewegen? Am Donnerstag, wo er „bald verhaftet“ war, für den Antrag Augustin zu stimmen, zeigte er sich so, und am Mittwoch, einen Tag zuvor — zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit — kündete er denselben Leuten die Utschde. Oder ist bei ihm Theorie und Praxis auch zweierlei. Fast scheint es so, wenn er auf den hohen Beiträgen und Gehältern des Verbandes herumtrübt. Der Verband, das sollte doch Herr Goldschmidt wissen, hat bei einem Wochenbeitrag von 15 Pf. pro Woche Tausende an Mark für Unterstützung an hilfsbedürftige städtische Arbeiter bezahlt, er hat durch Vorträge allgemeiner Art das Wissen und die Erkenntnis seiner Mitglieder erweitert. Was hat dagegen der Gewerbeverein geleistet? Hunderte, ja Tausende für Vergnügungen wie Faschenspiele, Volkstheater usw. ausgegeben. Neben einer höheren Summe für ein Vereinshaus eine witzige Unterstützung (pro Tag 20 Pf.) von mehreren Hundert Mark und — eine Praxistheorie für einen Herrn Direktor 21 aber nichts Nennenswerthes für die materiellen oder geistigen Interessen seiner Mitglieder. Stillstehend und naiv ist auch der Hinweis, die städtischen Arbeiter in hohem Maße zu unterstützen und die Socialdemokraten seien an den „minimalen Jugendsünden“ schuldig. Steht dem Herrn Stadtvorordneten keine Zeitung zu Gebote, in der er lesen könnte, daß die socialdemokratischen Stadtvorordneten in Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg für die Interessen der von der Stadt Beschäftigten energisch eingetreten sind; sollte er wirklich vergessen haben, daß es die socialdemokratischen Vertreter im Berliner roten Hause waren, die aus eigener Initiative für die Arbeiter eingetreten sind? Ist Herr Goldschmidt das nicht wehr bekannt, so möge er die Berliner Straßenreiniger fragen. Reicht hat er nur darin, daß es sich nicht empfiehlt, die Versammlungen des Verbandes zu besuchen, da es um diesem Augenblicke mit der Heeresfolge der Leute vorbei wäre.

Deutsches Reich.

Die Schiffverladungs-Arbeiter des „Norddeutschen Lloyd“ in Bremerhaven, welche einem Unternehmer unterstehen, sind — wie „Volks-Telegraphenbureau“ meldet — am Montag früh in Stärke von 1500 Mann aushändig geworden. Der Grund ist die vermeintlich zu Unrecht erfolgte Entlassung eines einzelnen Arbeiters. Eine Versammlung hat beschlossen, da der Unternehmer die Wiederanstellung des Arbeiters abgelehnt hat, im Ausstand zu verharren.

Die Verladungsarbeiten beim Norddeutschen Lloyd werden durch den Ausstand in keiner Weise unterbrochen, da noch eine genügende Anzahl von Arbeitern vorhanden ist.

Die Offenbacher Schriftgießer sind am Sonnabend in den Streik getreten. Die Verhandlungen mit den Unternehmern haben nicht zu der erwarteten Verständigung geführt. Während die Gehälter die 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 27,50 M. Mindestlohn fordern, halten die Prinzipale an der neunstündigen Arbeitszeit und dem Mindestlohn von 25 M. fest. Die Frankfurter Schriftgießerei-Besitzer, die von dem Streik und den in Offenbach gestellten Forderungen nicht betroffen sind, haben beschlossen, sämtliche Schriftgießer in Frankfurt zu kündigen, falls in Offenbach der Tarif der Unternehmer nicht angenommen wird.

Ausland.

Der Streik der Wiener Konfektionschneider ist mit dem Ablauf der vorigen Woche zum Abschluß gelangt. Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt über die Lage nach dem Streik:

Die schwierigste Aufgabe war es, von den 1500 Stückmeistern die individuelle Verpflichtung zur Einhaltung des vereinbarten Vertrages zu erlangen. Nun haben an 1200 Stückmeister die Vereinbarung unterschrieben. Etwa 300 widerstehen sich, allen Bemühungen der Organisation zum Trotz, das zu thun, wozu sie durch ihr eigenes gemeinsames Interesse verpflichtet werden. Es wird namentlich die Aufgabe in erster Linie der Genossenschaft, in zweiter des Vereins der Stückmeister und schließlich der Konfektionäre sein, diesen Herren Verstand beizubringen. Es wird wahrscheinlich des energischen Eingreifens des Gewerbe-Inspektors bedürfen, damit die Branche davor bewahrt werde, daß vielleicht durch das weite Gerissen Einzelner der Erfolg der schweren und mühevollen Arbeit, die zu den Vereinbarungen geführt hat, vereitelt oder wenigstens schwer beeinträchtigt werde. Man kann sicher sein, daß wenigstens die Arbeiter nicht gesonnen sind, diese Frage verknüpfen zu lassen, und daß ihre Geduld nur genau soweit reichen wird, als es das Interesse der Arbeiterschaft gestattet.

Die Wünsche der österreichischen Gewerkschaften gegen die Bedrohung mit den auf Versicherungsunternehmungen bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen hat einen durchaus günstigen Erfolg gehabt. Das amtliche Verordnungsblatt des Ministeriums des Innern veröffentlicht die Antwort, welche der Ministerpräsident auf die Interpellation der socialdemokratischen Abgeordneten erteilt hat. Dadurch werden die Behörden darüber belehrt, daß sie die Gewerkschaften nicht als Versicherungsgesellschaften anzusehen haben.

Die Porzellanarbeiter in Briana jechen mit den Unternehmern in Unterhandlungen wegen Regelung der Lohnverhältnisse. Es ist daher vorläufig über alle keramischen Betriebe die Perre verhängt.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Hafenarbeiter in Dänemark. Veranlaßt durch den Beschluß der Arbeiterschaft von Odense, alle diejenigen Geschäftsleute zu boykottieren, die die Handelsvereinigungen in ihren auf Vernichtung der Hafenarbeiter-Organisation gerichteten Bestrebungen unterstützen, hielten am 12. d. M. die Detailhändler, Läden und Geschäftsleute der Stadt eine Versammlung ab und forderten in einer Resolution die Importeure dringend auf, ihren Beschluß, vom 1. April ab keine organisierten Arbeiter mehr zu beschäftigen, zurückzuziehen und von neuem mit den Arbeitern zu verhandeln.

Die Konfektionschneider in Malmö (Schweden) haben auf Grund von Verhandlungen mit den Unternehmern einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der zwei Jahre in Geltung bleiben soll. Die Preise für die einzelnen Arbeiten sind so gestellt worden, daß die Arbeiter um ca. 10 Proz. mehr verdienen.

Der schwedische Bäckerarbeiter-Verband hielt vom 4. bis 8. Februar seinen 6. Verbandstag zu Stockholm ab. Derselbe beschloß unter anderem, bei Abschluß eines neuen Tarifvertrags von den Arbeitgebern zu verlangen, daß jeder Arbeitgeber mit einer Summe von 1000 Kr. gegen Unfall versichert werde. Dieser Beschluß hat zugleich einen Protest gegen das unzureichende neue Unfallversicherungsgesetz bilden. Mit allen gegen 3 Stimmen sprach sich der Verbandstag dahin aus, daß die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung einseitig und empfindlich die Abteilungen der Ortsorganisationen der socialdemokratischen Partei anzuschließen.

Versammlungen.

Eine mittlere Linie für die Straßenbahnerorganisation sollte im Interesse derjenigen Angehörten, die als Vertreter ihrer Kollegen scheitern, aber auch die Günst der Direction nicht verstoßen möchten, gewählt werden. Zu diesem Zwecke hatte der Wagenführer Ulrich vom Bahnhof Rixdorf zu Freitagabend eine Versammlung nach den Andraasfelsen einberufen, woselbst ein Rechtsmann, Dr. Rosenfeld durch ein Heftiger Hilfe bei der Gründung eines neuen Vereins leisten sollte. Die Versammlung war stark besucht, nahm aber einen für den Einberufer sehr unermühten Verlauf. Zunächst lehrten die Anwesenden die Zustimmung, dem Vorsitzenden Rathmann von der Straßenbahner-Gewerkschaft das Lokal zu verweigern, rüdweg ab. Hierauf entwickelte der Einberufer Ulrich sein „Programm“. Er meinte, die Gründung eines neuen Führervereins sei notwendig, denn der „Acherverein“ vertrete die Interessen der Straßenbahner so gut wie garnicht. Dort tanze einfach alles nach der Pfeife der Direction und niemand wage zu opponieren. Der „Acherverein“ sei also zu zahn. Die Gewerkschaft aber sei wieder nicht zahn genug, sie bewege sich in zu radikalen Bahnen, obwohl anerkannt werden müsse, daß sie freiwillig und mit allem Nachdruck die Interessen der Mitglieder wahrnehme. Da die Gewerkschaft aber wegen ihrer Tendenz maßgebenden Orts nicht ganz gesehen sei, so müsse ein Mittelglied geschaffen werden, durch welches die zahllosen Mitglieder bei den Straßenbahner zu befehligen seien, das aber „oben“ keinen Anstoß erzeuge, und dies Mittelglied sei der gedachte neue Verein. — In der Diskussion wies Rathmann und andre unter lebhaftem Beifall auf das Verwerfliche solcher Zerstückelungsversuche hin, wodurch nur ein neuer Kastenstempel großgezogen werde. Da sämtliche Straßenbahn-Angestellten dieselben Interessen hätten, so erübrigte sich auch die Gründung eines Führervereins; es möge im Gegenteil jeder für den Ausbau der auf dem Boden des modernen Klassenkampfes stehenden Organisation eintreten. Nachdem Dr. Rosenfeld vergeblich die Debatte in seinem Sinne zu beeinflussen gesucht hatte, mochte er nicht den andern Vereinsgründern wohl, einsehen, daß seine „neuen Ideen“ hier absolut keinen Anklang fanden. Enttäuscht verließen sie den Saal und ließen Versammlung Verammlung sein. Diese aber wählte ein neues Bureau und nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung der Straßenbahner nimmt Abstand von der Gründung eines Führervereins. Sie verurteilt alle Zerstückelungsbestrebungen und fordert alle Straßenbahner auf, sich einmütig dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verlehrarbeiter als der einzigen Organisation anzuschließen, durch welche eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen möglich ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 17. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Geschlossen.
Schauspielhaus, König Louis.
Deutsches, Der arme Heinrich.
Berliner, Sanatorium Siebenberg.
Festung, Der blinde Passagier.
Neues, Die Jünger, Vorher: Der Oberlehrer.
Residenz, Lullu (Loulu).
Westen, Der Postillon von Conje-mann.
Thalia, Der Cameliönkel.
Central, Madame Sherry.
Velle-Alliance, Am Telefon.
Hierauf: Cupido u. Cie.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater).
Carl Weiss, Das sechste Gebot.
Buntes, Lorenzo di Medici.
Luisen, Der Niltendefischer.
Kleines, Nachtasyl.
Trianon, Die Liebeschautel.
Apollo, Naturs Hochzeit.
Metropol, Neues! Allerneuestes!
Casino, Cavalleria rusticana.
Palast, Berliner Luft.
Wintergarten, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Friedl, Steidl-Sänger.
Passage-Theater, Spezialitäten.
Vossage-Panoptikum, Spezialitäten.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. Nass: Das Bier.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! Miss Karri
die schöne Tätowierte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.
Anf. Sonnt. 3, Wochent. 5, Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über
Aja die schwebende Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in 1 Akt.
The three Devils: Die Wettfahrt im Todesring.
11 erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Das sechste Gebot.
Modernes Zeit- und Sittenbild in sechs Vorgängen von Ernst Krenek.
Vorher:
Die denken Sie über Dreyfus?
Anfang 8 Uhr:
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Heute Anfang 7 Uhr.
Wohlfühl-Vorstellung des Central-Theater-Ensembles vor seiner Abreise nach Amerika.
Zum 108. und letztenmal:
Madame Sherry.
Mittwoch: Geschlossen.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lullu (Loulu).
Schwank in 4 Akten von Pierre Gédé.
Deutsch von Max Schönan.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagvormittag 3 Uhr:
Seine Kammerzofe.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Zum erstenmal:
Die Notbrücke.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringersstr. 37.
Bis Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neue Debuts!
Molly Verch! Raponé!
Dazu: **Bonné Atlesy.**
Unteroffizier Lehmann
Cavalleria rusticana.

Luisen-Theater.
Der Hüttenbesitzer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Der Weindiebener.
Donnerstag: Galspiel des Opern-Theaters des Westens: Der Wollschmid.
Freitag: Benefiz für Herrn Bartels.
Zum erstenmal: Der Fall Clémenceau.

Cirkus Schumann
Dienstag, den 17. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
ELITE-ABEND.
Phänomene Novitäten-Programm.
Neueste Attraktion:
Dogcart-Akt vom russ. Reiter **Monz. Curto.**
Les Brunin, die Billard-Künstler.
Am 27. Februar unwiderstehlich letztes Auftreten **Sans Rival**
Looping the Loop.
Die lustigen Heidelberger.
Pantomime voller Witz, Humor und Heiterkeit.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolf Wilbrandt.
Mittwochabends 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudemann.
Mittwochabends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Wohltätige Frauen.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Heimat.

Buntes Theater
Köpenickerstrasse 68.
Volks-Vorstellung.
(Parkett 1,60 M.)
Abends 8 Uhr:
Jugend.
Belle-Alliance-Theater.
Abendbühn 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:
Cupido & Cie.
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast.
8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel Dir. R. Winkler.
Unerreicht
ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Berliner Luft.**

Thalia-Theater.
Dreddenstraße 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliönkel.
Morgen und folgende Tage: **Der Cameliönkel.**
Sonntagvormittag 3 Uhr: **Romeo und Julia.**

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Eine Posse als Medizin.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch:
Die Räuber.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Komanbantent- u. Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonntagabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: **Waldierfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Cirkus Busch.
Dienstag, den 17. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey mit Elefanten-Schauspielen.
Boeren als Kunstschützen
und **Lassowerber**
Elefant und Pferd. Seelöwen.
Urkoms. Clown **Signor Ghezzi.**
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzug **Gambinus** mit Gefolge.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Wochentags 8 Uhr.
Zum Schluss, wenn
diese Schaubere
normale von
Quartale von
Stettel.

Königstadt-Casino.
Holzmarkt. 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Central-Verband der Maurer etc.
Zweigverein Berlin.
Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Berlin (Maurer) und der Sektion der Putzer.
Tages-Ordnung:
1. Vornahme der Stichwahlen zum Verbandstag. 2. Vortrag des Genossen **Manasse** über: „**Vom Wahn zur Wahrheit.**“
Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Steidl-Theater
Eulienstrasse 132.
Dramen-
burger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Das unvergleichliche Programm
mit
Unser Kakelnest
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrlich 1 R.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
Gott ist dot.
Sensationsparodie.
Säle zu Festlichkeiten.
Land & Wit.
pro Woche 25 G. ab 10 G., Parzelle 840 qm 300 R., nur mündlich, verkauft **Herronimy**, Blumenstr. 79.

Gross-Fischerei-Export-Artikel.
Neueste, wahre, billigste Preise.
Per Radnahme.
Feinste Salzfeatheringe 1/2 Fah, 400 St. 10 R., 1/2 Fah, 200, 5 R.; schöner Fisch, grösser zu empf., 300 St. 11 R., 150 St. 5 1/2 R.; sarter Fisch, 1/2 Fah, 500 St., 5 R., 1/2 Fah, 250, 4 1/2 R.
Volthering, Milch und Roggen.
gros, 1/2 Fah 11 R., 1/2 Fah 5 1/2 R., 8 Liter-Loch-Bratheringe 3 1/2 R., 100 Gold-Büchlinge 5 1/2 R., 800 St. 10 R., 2652*
Per Post überall franco hin.
4 Liter-Dose, 100 St. Delikatesser., Bismarcker. 3 u. 3 1/2 R., 70 Bratheringe 2 1/2 u. 3 R., bis 100 Rollen mähle 3 u. 3 1/2 R., Raff. Sard. 3 R., Zehnerlinge, 70 St., hart, 2,70, grösser, 60 St., 3 R., große Volthering 3 R.
Ritter Gold-Büchlinge, fein, 120 St., 3 R., gr. Volk u. Fett-Büchlinge 3 1/2 R.
Ritter Zypotten 2 1/2, 2 Riffen 4 1/2 R.

W. Schwandt, Swinemünde.
Räucherer, Brat u. Marin. Ausf.
Uhrmacher **Barth** scher
Konkursmassen-Ausverkauf!
Uhren, Goldwaren
etc. 563L*
friedrich-Strasse 54.
Herron-
Woden, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. 3462*
J. Kurzberg,
Rene Königsr. 47 II.
am Alexanderplatz.
Achtung, Vortrag!
Mittwoch, d. 18. Februar, abds. 8 1/2 Uhr.
Borussia-Säle, Adlerstr. 7. Referent **H. Müller**, Besitzer der Kurantalt (Gr. Frankfurterstr. 87, sprach über Entstehung, Bedeutung und Stellung der aruten wie Chron. Sonorhoch, der Luchs etc., im weiteren die Quecksilber-Behandlung und ihre späteren Folgen - ist Quecksilber überhaupt ein Heilmittel? Kurden, hab. Jutr. Entr. frel.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege.
Eigne Werkstat.
Referant, Preis- u. Hilfs-Anfragen.
Berlin C., 2732*
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gelotten, angenehm und weich am Körper.
5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware
6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckerei:**
Wronchestrasse 9, Krautstrasse 19, Faldenkeimstr. 28, Kaufstr. 2, Markthalle Pflasterstr., Stand 222/23, Markthalle Andreaskstr., Stand 16/18

Dr. Simmel, Prienz-Str. 41.
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.
Dr. Schünemann,
Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden.** Seydelstr. 9.
12-1, 3, 1/2, 6-1/2, 8, 9-11.

Rechnungs-Abchluss für 1902.
a) Einnahme. R. Pf.
1. Kassenbestand 882,06
2. Rinsen von Kapitalien 44,44
3. Eintrittsgelder 1 009,42
4. Gesamteinnahme 37 780,58
5. Erstattungen für gewählte Kranken-Unterstützung 860,72
6. Erstattungen von Berufsgenossenschaften etc. 214,39
7. Sonstige Einnahmen 142,60
b) Ausgabe. R. Pf.
1. Für ärztliche Behandlung 4 574,45
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel 5 868,21
3. Krankengelder:
a) an Mitglieder 12 511,25
b) an Angehörige 245,60
4. Unterst. an Wöchner. 181,20
5. Sterbegelder 318,-
6. Sur- u. Verpflegungskost. an Krankenanstalten 6 624,90
7. Erstattungen für gewählte Kranken-Unterstützungen 897,-
8. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder 143,78
9. Für Kapitalanlagen 4 014,44
10. Durchlaufende Posten 519,86
11. Verwaltungsausgaben:
a) persönliche 2 133,10
b) sächliche 858,13
12. Sonstige Ausgaben 92,85
Zusammen 38 942,42
Zusammen 40 434,21
Einnahme 40 434,21 R.
Ausgabe 38 942,42 R.
Barbestand 1 491,79 R.
Reservefonds: 4192,79 R.
Vorjahr: 148,35 R.

Freie Liedertafel.
Sonnabend, den 7. März 1903:
Grosser Wiener Maskenball
im Grand Hotel Alexanderplatz
(Großer Saal - Eingang Alexanderplatz).
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Freunde und Bekannte sind höflich eingeladen. 65/3
Wird im Vereinslokal zu haben und zwar jeden Donnerstagabend u. 9-11 Uhr im Restaurant „Königsgrube“, Neue Königsstr. 26, woselbst auch Stammbegabte Herren jederzeit Aufnahme finden.

Brauerei A. Lehmann
Berlin SO. 26, Oranienstrasse 4
liefert Weiss-, Werdersch-, Weizen-Bier
wie sonst a Liter 10 Pf. zum Selbstfüllen.
Die Brauerei gehört nicht zu den sogenannten Ringbrauereien, und trotzdem die von den Aufsehern gestellten Forderungen bewilligt sind, weigern sich dieselben dennoch, zu fahren. 22649
Bestellungen erbitten daher direkt per Post oder Fernsprecher (TV 7462).

Neu! Berliner Hütte! Neu!
„Schwemme“
Prinzen-Str. 44. (nach Münchener Art). am Moritzplatz.
Grösste Sehenswürdigkeit Berlins.
Zum Ausschank gelangt:
Berliner Hüttenbräu in Masskrügen
1/2 Liter 12 Pf., 1 Liter 23 Pf.
Warme Speisen nur zu 30 u. 40 Pf. a Portion.
601L* **Paul Ladewig**, früher Geschäftsführer der Frankfurter Hütte.

Carl Schneider,
171, Oranienstrasse 171,
empfiehlt sein **Weiss- u. Bayersch Bierlokal**, Billard und Vereinszimmer mit Piano (bis 50 Personen lassend). 4672*

Albert Marquard
Berlin, Neanderstrasse 26
Weingrosshandlung u. Likörfabrik
empfiehlt seine gut gepflegten **Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine** sowie **Medic. Ungarwein** unter Garantie der Reinheit.
Feiner 264L*
feinst. Rum per Ltr. 1,50-5,50
„ Arrak „ 1,50-3,50
„ Cognac „ 1,50-6,00
Burgunder-, Rumi- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1,60-2,50.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik, **BERLIN W., Taubenstr. 23.**
empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie nebensteh. von 7 Mk. bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. Katalog gratis und franco.
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 406L*

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Robert Hacht,
Berlin S., **Cranichstr. 142.**
liefern schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenheften einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 W. an.

Looping the Loop.
Die lustigen Heidelberger.
Pantomime voller Witz, Humor und Heiterkeit.

Hakim-Cigaretten

sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die feinsten 2 Pf.-Cigaretten.

Höchste Leistung!

In den Cigarrengeschäften zu haben!

2041b*

Telephon Berlin Amt III No. 1813.

Verband deutscher Gastwirts-Gehilfen.

Zum Sportshaus Ziegenhals bei Zeuthen.

Telephon Königs-Wusterhausen No. 78.

5672*

Grosser schattiger Garten. Dampfersteig. Große und kleine Bäder. Saunabäder. Herrliche Aussicht. Besondere Aufmerksamkeit auf die Zubereitung der Speisen und Getränke. Große Saalfläche. Prima Weibier.

Empfehle mein idyllisch am Grossen bei Ziegenhals gelegenes Lokal Freunden und Bekannten zu Ausflügen und Dampferpartien. Herrliche Aussicht von Ziegenhals über Kaufungswörde. Besondere Aufmerksamkeit auf die Zubereitung der Speisen und Getränke. Große Saalfläche. Prima Weibier.

Eigene Waldung, Säle, Hallen und Veranden, 1500 Personen fassend. Sommerwohnungen mit und ohne Balkon. Kegelhäuser, Gondelfabrik, Volksbelustigungen aller Art. Großes elektrisches Orchester.

Grössere Gesellschaften bitte um vorherige Anmeldung.

M. Mörchel.

3. Ziehung 2. Klasse 208. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 16. Februar 1903, nachmittags. Nur die Gewinne über 116 Mk. und das betreffende Nummern in Klammern verzeichnet.

- 55 202 31 34 334 522 130001 70 96 674 94 738 911 87 07
1000 97 241 393 989 2006 175 229 39 63 92 317 27
506 723 95 225 48 944 3333 342 47 476 716 13 194 88
4015 622 446 592 37 738 833 886 5227 532 13001 688
122 4064 192 59 245 50 74 330 414 51 55 76 688 785
977 84 7032 17 89 238 69 358 711 804 923 13001 40
1183 249 97 334 548 703 923 89 9029 190 387 445
779 854
10135 90 453 728 849 916 46 11030 473 94 856
743 89 821 12081 105 296 368 435 51 831 83 612 800
26 72 13013 114 97 283 300 466 70 14011 114 200 66
376 430 501 603 5 17 41 79 788 909 15311 573 797
1053 60 16033 194 883 17049 132 217 78 90 91 350
87 519 627 36 10001 56 79 94 775 991 78 18032 55
65 129 356 63 475 626 66 752 68 940 19276 421 99
655 793 13001 823
20092 107 25 32 528 94 606 21 37 885 21242
52 56 302 99 328 2215 349 564 630 73 709 887
23017 59 618 749 966 24044 55 384 31 555 701 973
25075 318 430 520 13001 47 653 91 900 26337 413 35
75 661 628 74 728 94 884 27088 97 283 881 966 28163
215 364 94 403 42 73 543 79 719 42 81 815 47 20763
817 91
20092 107 25 32 528 94 606 21 37 885 21242
52 56 302 99 328 2215 349 564 630 73 709 887
23017 59 618 749 966 24044 55 384 31 555 701 973
25075 318 430 520 13001 47 653 91 900 26337 413 35
75 661 628 74 728 94 884 27088 97 283 881 966 28163
215 364 94 403 42 73 543 79 719 42 81 815 47 20763
817 91
30015 41 308 534 711 65 897 31063 73 106 66
721 69 886 979 32193 345 450 58 630 65 84 696 65
33487 75 645 68 791 843 72 92 982 78 83 95 34143
201 312 403 510 16 66 636 69 704 800 35079 309 51 70
83 432 76 91 667 721 92 36023 284 315 510 962 37050
90 315 489 533 88 663 790 851 61 690 74 38025 454
553 39047 291 382 561 655 862 989 92
40065 436 565 655 756 875 80 989 41030 61 191
221 355 438 81 42224 95 96 531 43760 511 37 671
74 769 913 16 44002 109 75 330 494 777 89 898 923 41
45092 222 316 50 563 621 719 829 46040 46 92 100
201 312 17 83 748 942 49037 576 635 719 931 66
50091 99 106 410 997 51063 20 74 238 61 385 600
702 7 875 52214 81 325 52 406 701 931 55 98 53906
23 49 252 58 59 81 342 461 69 83 555 657 591 49 976
54096 96 139 436 42 506 17 61 890 55214 620 56077
103 207 120 81 433 590 67 669 13001 591 57150 261
443 713 896 912 32 88 56366 400 18 386 702 52 831
53969 486 780 822 84 946
60005 22 75 243 414 96 692 98 802 73 61233
455 494 55 683 808 911 84 62017 27 251 476 574 94
907 957 63023 42 300 61 492 13001 598 64082 236
357 671 714 20 34 89 812 946 65018 318 36 663 54
788 824 910 66996 138 441 90 510 36 42 93 664 84 843
90 67027 145 69 278 357 464 663 98 747 74 68123
61 546 79 740 923 69218 97 378 439 54 68 204 649 86
704 969
70010 119 31 318 70 501 751 801 71014 66 214
322 74 549 629 802 18 72044 152 242 340 54 97 436 623
77 73463 85 89 540 46 626 728 98 961 74029 74
184 230 302 389 741 941 75012 39 177 348 409 67
76020 421 46 682 97 778 943 77011 209 75 330 545 790
78061 192 216 382 93 545 609 57 73 824 930 79211
22 481 553 85 990 712 823
80043 210 33 446 65 74 566 645 81067 191
322 91 504 627 980 82653 269 73 214 549 84 602 73
842 962 83916 35 49 69 80 127 462 644 873 88 906
84102 358 623 849 81 976 85041 120 236 69 89 329
96 907 888 86006 296 54 76 344 513 733 53 804 91
87170 82 247 94 392 568 654 900 33 88004 55 110 303
12 514 22 744 89031 330 627 735 950
90288 476 577 647 817 67 83 87 804 43 91020
84 128 234 247 99 406 539 696 700 922 43 96 92037
46 299 357 68 454 574 702 86 989 93114 26 89 284
392 491 587 779 856 94006 135 72 286 77 13091 437
56 592 622 63 745 877 95143 84 345 458 739 892 997
96189 285 324 54 603 4 97 97134 13091 48 341 93
569 996 819 98015 91 99 158 75 89 378 760 83 889
930 91 99059 297 37 49 311 89 553 89 601 11 12001 21
826 30 93 33 58
100023 61 75 187 239 87 368 412 622 743 85 826
46 921 71 81 101103 291 748 53 102044 59 77 230
35 362 503 53 56 648 877 940 103116 80 394 59 62
771 988 104060 74 137 236 378 466 579 715 829 88
105171 537 710 38 86 834 908 109073 389 98 13001
483 573 839 107032 129 459 83 976 108236 421 29
607 772 804 64 98 957 77 109098 96 153 282 468 87
627 851 991
110055 107 224 48 426 667 805 111025 244 57 67
346 747 75 112161 257 544 988 113004 84 171 283
87 97 335 597 13 684 754 891 114088 95 214 74 309
87 474 617 73 732 82 951 72 115090 512 56 629 35
91 98 793 818 30 976 115000 116273 354 528 64

- 623 89 117010 29 225 437 75 92 541 699 708 67 68
568 969 118162 210 26 39 65 489 504 23 47 119085
140 54 231 398 464 86 532 44 72 618 748 879
120081 110 24 268 463 68 652 81 735 63 832 64
121016 42 59 78 226 59 54 438 39 547 89 94 734 842
13001 69 988 122014 53 198 358 74 564 635 732 76
814 15 902 22 122009 830 70 222 49 488 588 124011
13 186 244 13 95 690 97 830 63 35 125127 432 583
859 228 126197 249 394 517 639 711 981 127110 279
306 429 590 632 128145 55 404 83 731 865 129097
158 89 391 476 964
130052 165 393 20 73 491 358 699 895 87 131043
85 261 342 93 674 857 132025 90 88 240 491 548 99
890 38 133105 203 732 896 935 134011 138 389
631 89 932 85 135083 81 105 15 882 104 964 136131
49 663 971 80 137069 534 627 812 15 138170
322 55 69 467 891 92 835 987 139071 126 28 96 219
60 380 498 507 44 98 700 809 914 31 87
140021 492 891 632 721 873 955 141007 21
202 367 667 74 295 811 92 142013 18 39 125 363
690 88 974 143167 302 472 562 733 65 807 913 44
60 81 144041 59 126 83 427 47 78 515 800 837
145109 81 94 411 80 632 63 714 850 146294 328
685 648 718 43 67 76 147089 143 63 74 481 590 676
711 41 15001 832 97 892 97 148498 510 697 835 994
149499 193 236 93 243 79 988
150029 94 133 229 263 408 95 710 931 54 151035
147 391 595 29 99 644 72 707 962 152144 232 230 407
62 92 576 665 78 99 731 816 153060 113 431 99 504
89 687 707 944 81 154136 83 275 391 86 472 73 632
731 42 155041 346 85 729 80 94 156076 122 229 78
300 16 81 449 31 702 809 157131 66 390 75 501 38
42 695 748 981 158069 108 244 373 752 893 57 977
159346 71 455 546 66 663 790 890 91 938 82 92
160127 337 549 607 771 901 75 161071 183
245 320 28 77 407 708 89 695 162029 129 84 684 87
95 861 79 12001 163011 67 105 37 277 343 467 587
739 62 96 996 164008 193 450 890 839 49 165063
101 11 425 511 844 166115 262 87 339 83 429 73 535
776 92 1670681 194 96 263 834 924 168118 219
396 751 808 11 929 169009 123 59 677 730 76 885 900
170041 60 156 63 76 86 671 887 994 171002 76
80 267 670 84 682 721 48 827 172084 397 589 613 37
70 813 14 91 173025 106 249 415 553 569 782 174023
49 181 268 336 40 448 70 94 664 175089 261 308 41
411 410 61 531 62 622 40 54 89 97 913 89 176065 79
92 278 390 422 673 750 177011 15 108 40 12001 265
555 715 54 589 87 992 178162 91 263 336 584 709
179029 61 95 223 348 416 507 11 613 602 97
180133 263 433 605 884 181007 203 39 68 47
565 629 96 89 711 29 968 182065 124 290 25 375 448
517 740 183178 564 730 36 87 49 871 97 964 184059
70 104 32 276 396 417 687 703 8 66 899 853 185342
513 704 41 828 186065 325 97 599 75 690 733 74 96
857 187082 142 54 349 87 794 835 188001 82 188094
248 18001 54 74 511 27 91 435 597 924 189106 93
206 13 572 79 601 34 46 839
190194 8 322 403 99 518 640 43 704 694 99
191045 62 255 710 69 848 192073 129 327 611 82 778
892 193144 93 248 94 335 486 90 624 41 702 194089
283 417 22 672 13001 81 998 195138 61 309 20 497
69 625 61 79 770 87 196002 126 69 68 229 45 536
710 37 75 197005 88 156 67 248 332 57 511 722 881
976 198133 514 84 899 706 76 829 97 985 199179
222 68 289 493 635 703 78 815 23 44 994
200057 152 89 557 84 777 85 807 201189 99
97 287 764 892 957 79 202149 238 66 631 729 852 13001
934 56 69 203059 154 79 319 472 612 27 83 707 94
840 204049 99 112 236 410 47 537 98 616 730
205089 43 254 89 336 415 67 92 698 763 838 49 82
83 980 84 206045 216 47 308 79 512 732 94 880
207132 36 63 214 70 349 502 767 75 828 46 94 208280
55 413 586 85 745 829 209321 31 491 17 96 523 28
65 611 29 46 744 13001 898 915 36
210086 302 333 581 99 663 778 588 92 964
211073 91 183 226 723 834 82 212081 145 69 399
65 882 688 743 816 30 827 47 213076 153 94 96 237
909 679 813 31 214030 154 499 673 742 848 63 927
65 215130 208 624 62 69 737 862 7 917 89 96
216399 416 79 518 73 717 908 217039 78 229 40 611
774 13001 99 984 218311 204 499 28 534 638 763 85
883 219255 353 423 593 8 89 619 809 29 81
220030 215 74 81 378 454 694 69 748 949 221074
79 95 348 457 696 763 222106 34 234 82 89 464 511
754 94 810 958 96 223040 29 127 204 530 32 54 78
538 780 91 855 83 960 224064 100 23 214 381 605 16
99 997
Am Wechseltage verbleiben 1 Gewinn zu 30000 Mk.
2 zu 10000 Mk. 3 zu 5000 Mk. 4 zu 1000 Mk.



feinste Pflanzenbutter.

Palmin wird hergestellt aus ausgesuchten Kokosnüssen und ist frei von jeglichem Geruch und Geschmack. In der Verwendung beim Backen, Braten und Kochen ist Palmin gleich vorzüglich wie Butter, aber viel billiger als diese. Preis pro Pfund 70 Pf. 440L*

Man achte genau auf die Original-Etikette "PALMIN"; Nachahmungen sind oft wertlos. Zu haben in Delikatessen-, Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

Billigste Bezugsquelle für Nähmaschinen.

Nur erstklassige deutsche Fabrikate.



Aug. Günther, Mechaniker, Nannynstr. nur 13, nahe Oranienplatz.

Wegen Ersparnis der Ladenmiete und weil ich keine Reisenden unterhalte, bin ich im stande, die Maschinen 10 Proz. billiger zu verkaufen wie jede Konkurrenz. Jeder Käufer zahlt also bei mir für eine Nähmaschine bis 17 Mark weniger. [20060] Bei Barzahlung höchster Rabatt.

Patenhofer Bock!

Der Ausstoss unseres diesjährigen Bockbieres hat begonnen. 270L*

Patenhofer Brauerei

Spandau Berlin Fürstenwale

Schlager

für die nächsten Tage in Herren-Anzug- u. Paletotstoffen - das Alterneste d. Saison - bringt die

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland

Berlin C., Rosstrasse 2, direkt an Private zum Verkauf.

Reste spotthilfig.

Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Kein Kaufzwang.

Masken-Garderobe.

Grosse Auswahl historischer Kostüme. Vereinen Preisermässigung. Neanderstr. 34, E. Elzel-Beck, Amt VIIa 7700.

Masken-Garderobe

Carl Ernst, stepniderstr. 129, 1 Tr. Grösste Auswahl! Billigste Preise! Fortgesetzt dieser Annonce enthält 10% Preisermässigung.

Inventur-Restverkauf

3 Serien Stickerie-Portieren

Nur noch kurze Zeit

Die komplette Dekoration (2 Shawls, 1 Lambrequin)

in Plüsch 9 35 M.

in Victoriatuch . 12 00 M.

in Wollserge 7 25 M.

Teppich-Special-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Nach Auswärts pr. Nachnahme

Inventur-Extralistes gratis und Katalog 1903 franco.

5. Siebengebirg's Geld-Lotterie

Ziehung am 4. März 1903 und folgende Tage. 12000 Geldgewinne bar, ohne Abzug zahlbar von Mark

450 000

Hauptgewinne Mark:

100 000

60 000

40 000

20 000

10 000

usw. 500L* Ganze a 4 M. Halbe a 2 M. Porto und Liste 90 Pf. extra. empfiehlt und versendet

Graffs Glücks-Kollekte, Berlin NW., Perlebergerstr. 63, an der Halde-Strasse,

Echt Marly-Schrot

852L* feinstes

Kaffee-Zusatz der Neuzeit.

1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf.

A. Pennitz,

Berlin C., Rosenthalerstr. 59, u. mit Plakat belegten Handlungen

3. Ziehung 2. Klasse 208. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 16. Februar 1903, nachmittags. Nur die Gewinne über 116 Mk. und das betreffende Nummern in Klammern verzeichnet.

- 329 404 01 548 060 726 830 923 34 47 1214 319 400
708 2628 78 124 808 52 4102 611 529 67 644 019 99
4086 321 78 607 65 882 453 5019 173 318 54 433 545 686
98 771 882 13001 6141 240 514 690 704 819 7163 77
542 698 878 902 46 8143 46 88 332 80 646 776 929 C096
396 471 704 39 34 623
10658 127 61 275 391 731 11070 153 212 23 310
99 518 53 616 967 12259 632 52 719 31 48 61 961
13064 112 518 601 778 812 31 935 14109 282 451 505
667 89 708 905 15000 255 81 347 406 72 659 927 30
16041 210 32 78 388 806 12 48 924 17112 402 552 703
822 985 18319 636 38 19449 511 41 738 919
20069 419 610 823 40 64 75 21090 249 57 94 342
523 683 784 900 22126 346 541 45 23311 420 828 625
29 786 66 24034 313 27 28 621 815 34 92 25049 202
387 593 689 67 957 26070 312 68 507 713 83 823 54
27110 218 40 419 656 838 28002 59 137 248 406 691
963 29349 52 407 519 779 831
32248 321 478 544 66 81 818 23 049 31079 469 89
632 32248 321 478 544 66 81 818 23 049 31079 469 89
34323 39 433 831 929 35272 78 308 458 579 831
38268 338 606 92 765 942 37181 266 418 83 776 908
9 98 38125 60 245 420 49 579 645 89 81 748 81 834 838
39110 105 616 708
40075 296 398 433 681 41000 6 24 110 432 573 821
992 42019 329 437 696 887 43048 70 562 644 949
44725 54 97 45020 79 377 615 837 928 46306 301
428 48 86 564 643 920 47059 75 471 578 646 905
48028 664 747 803 691 49365 433 724 43 8

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend: Versammlung des Wahlvereins im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend bei Döhl, Weiningerstraße 8: Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Friedrich Jubeil über „Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen“.

Treptow-Baumgartenweg. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Restaurant Ackermann, Baumgartenweg 78, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Straßau. Ueber die nächsten Reichstags-Wahlen hält Genosse Antik in der Alten Taberne, Alt-Straßau 26, am Sonntag einen Vortrag.

Lokales.

Tab Schulwesen im Stadthaushalts-Etat für 1903.

Von den 117 1/2 Millionen Mark, die als Gesamtausgabe in den Entwurf des Stadthaushalts-Etats für 1903 eingestellt sind, kommen allein 23 050 447 M. auf das Schulwesen.

Für die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

Die Gemeindefschulen im Stadthaushalts-Etat für 1903 sind 15 703 584 M. ausbezogen, wovon voraussichtlich nur 105 833 M. durch Einnahmen aufgebracht werden können.

ist darauf zurückzuführen, daß die Versicherungsanstalt in Voraussicht der notwendigen künftigen Erweiterung, die Generalanlagen von vornherein so groß angelegt hat, daß sie die Erweiterung ohne weiteres in sich aufnehmen können.

Der verstorbenen Kommerzienrat Albert Pfaff hat, wie der „Konf.“ erfährt, die folgenden Vermächtnisse bestimmt: 200 000 M. für die Beamten und Arbeiter seiner Firma, 200 000 M. für eine Albert Pfaff-Stiftung für arme Handwerker, die das Kunstgewerbe erlernen wollen, 200 000 M. für das Augusta-Hospital, 200 000 M. für das Krankenhaus Bethanien, 200 000 M. für die Lungenheilstätte in Belgia, 100 000 M. für die Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung der Kleinsten der Kaufmannschaft, 100 000 M. für das Asyl für Obdachlose, 100 000 M. für die Pensionstafel der Feuerwehr, 100 000 M. für die Berliner Rettungsgesellschaft, 100 000 M. für den Lektoren-Verein, 100 000 M. für die Pensionstafel der Schuhmannschaft, 100 000 M. für die Ferienkolonien und 100 000 M. für den Skripenverein.

Streifende Vätermeister. Nach der neuen Geschäftsanteilsweisung für die Armenkommissionen ist den Kommissionsmitgliedern die Uebernahme von Lieferungen für die städtische Armenverwaltung untersagt. Dagegen hat eine Versammlung der Väter-Vereinsvereinsvorstände Protest erhoben.

Der Vorsteher des 24. Polizeiviertels hat sich belämmlich über die fittischen Zustände der seiner Aufsicht unterstellten Gastwirtschaften sehr draplich ausgelassen.

Der Vorsteher des 24. Polizeiviertels hat sich belämmlich über die fittischen Zustände der seiner Aufsicht unterstellten Gastwirtschaften sehr draplich ausgelassen.

Da auch mein Lokal von dem Vorsteher des Reviers als ein bedenkliches bezeichnet worden ist, so bitte ich Sie, die Mitteilung entgegen zu nehmen, daß meine Gäste sich ausschließlich aus den Kreisen ehrbarer Handwerker und Bürger rekrutieren.

Der Fahrpreis auf der Straßenbahnlinie Berlin Kupfergraben-Charlottenburg Straßenbahn wird frühestens vom 9. März d. J. auf 10 Pf. herabgesetzt werden. Dagegen behalten die anderen Linien der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn noch den 15 Pfennig-Tarif.

Ein Berliner Rechtsanwalt verhaftet. Verzügliche Manipulationen bei den Ziehungen rumänischer Rente haben die Verhaftung des Berliner Rechtsanwalts Max Liebling aus der Münchstr. 30 zur Folge gehabt.

Das Deutsche Centralcomité für Lungenheilstätten hielt am 15. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Grafen v. Bismarck im Reichstagsamt des Innern eine Sitzung ab, in der über weitere Maßnahmen zur Tuberkulose-Bekämpfung beraten wurde.

In der Berliner Stellmacher-Jumung scheinen recht erhebliche Zustände zu herrschen. In der letzten Quartalsversammlung entwickelte sich eine ziemlich lebhafte Debatte über die Kassensührung des Stellmachermeisters Säger.

Aber das ist noch nicht alles. Säger war außerdem noch Kassierer der Jumung sowie der Eierbelasse der Jumung. Der Rechenschaftsbericht der Jumung sowohl als der der Eierbelasse verzeichnet an von Säger eingezogenen, aber noch nicht abgelieferten Geldern einen Gesamtbetrag von 351 Mark.

Ueber den Mörder der Witwe Subwig, den in Rußland festgenommenen Jzig Weber, der die Witwe Subwig hier erschlug, werden neue bemerkenswerte Thatsachen bekannt. Weber hat sich schon früher in Berlin und in der Provinz aufgehalten und schon damals Verbrechen verübt.

In Berlin existiert eine Bande von Cigarettenfälschern, welche die Nachahmung beliebiger Cigarettenmarken betreibt und den Verkauf dieser Fälschungen durch Straßenhändler und Reisende betreiben läßt.

Ein Betrüger hat versucht, von der schwer geprüften Krankenkassiererin Ehefrau des verhafteten Landmessers Stelck Geld zu erschwindeln.

Gegen die Theaterzensur veranstaltet am 23. Februar in der Victoria-Brauerei, Köpenickerstr. 11/12, der Verein „Urheberrecht“ eine öffentliche Protest-Versammlung.

Ein „Lebensdauer Betrag“. Der Schiffer Karl Reich aus Alt-Tempel bei Potsdam hatte eine Erbschaft von 7000 M., die ihm zugeworfen war, kürzlich binnen wenigen Tagen mit Damen der Halbwelt in Berlin und Potsdam durchgebracht und war in seinen Heimatort vollständig mittellos zurückgekehrt.

Ein größerer Fabrikbrand beschäftigte in der Nacht zum Sonntag die Feuerwehr in der Müllerstr. 33, Ecke der Ulmerstr. 35, wo der Dachstuhl der Berliner Werkzeug-Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormals L. Seutler in Flammen stand.

Feuerbericht. Die Brandgründ der letzten 24 Stunden ist eine reichhaltige, denn sie weist gegen 20 Alarmierungen auf. In der Nacht zum Sonntag hatte die Wehr in der Müllerstr. 35, Ecke der Ulmerstr. 35, einen größeren Brand zu beseitigen.

Durch die neuesten Bereicherungen des Berliner Aquariums ist auch das Affenhaus bedacht worden, denn seine Bevölkerung wurde um drei Arten in mehreren Exemplaren vermehrt.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr veranstaltet das „Wissenschaftlich-humanitäre Komitee“ im Altkönig Hof einen Vortragabend, in welchem Dr. Magnus Hirschfeld über „Das unrische Kind“ sprechen wird.

Hus den Nachbarorten.

Der Schöneberger Stadthaushalt wird für das Jahr 1903 voraussichtlich mit 8 1/2 Millionen Mark balancieren. Die ordentliche Verwaltung schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 4 228 267 M. gegen das Vorjahr mehr 1/2 Million Mark, die außerordentliche Verwaltung schließt ab mit 4 040 000 M. gegen

das Vorjahr mehr 683 432 M.). Der Zuschlag zur Gemeindesteuer beträgt wieder 100 Proz., zur Gewerbesteuer 150 Proz. Der Straßen- und Verkehrs-Etat schließt ab in Einnahme mit 269 248 M., in Ausgabe mit 265 262 M., ergibt also einen Ueberschuß von etwa 4000 M. Im Jahre 1891 erforderte dieser Etat noch einen Zuschuß von 192 000 M. Gegen das Vorjahr sind indes die Beiträge und Ausgaben aus den privaten Verkehrs- und Beleuchtungs-Instituten nur unmerklich gestiegen. Besonders dürften die seiner Zeit „gemachten“ überschüssigen Hoffnungen auf den neuen Vertrag mit der Englischen Gasgesellschaft doch nicht so wertvoll gewesen sein, denn die Abgabe mit 9,46 Proz. von der Brutto-Einnahme beträgt für dieses Jahr nur 131 193 M. (1902: 111 089 M.), die Große Berliner Straßenbahn zahlte für Benutzung der Straßen nur 22 800 M. (1902: 20 634 M., 1901: 15 277 M.), das Elektrizitätswerk „Südwest“ von der Brutto-Einnahme im ganzen 39 500 M. (1902: 24 000 M.). Hieraus kam man ersehen, mit welchem ungeheuren Nutzen die genannten Privatgesellschaften arbeiten (bei „Südwest“ beruhen die Ermittlungen der Brutto-Einnahme sogar nur auf Angaben der Gesellschaft). Welcher kommunale Post auf die wichtigsten Verbrauchsartikel gelegt wird, beweist die Einnahme von 55 000 M. an Standgeld aus den beiden Wochenmarkt-Plätzen. — Ganz bedeutend erhöht gegen das Vorjahr hat sich der Armen-Etat. Hier zeigt sich die wirtschaftliche Not des letzten Sommers. Während für 1902 noch 257 520 Mark veranschlagt waren, beträgt der diesjährige Aufschlag 295 955 Mark, also 38 435 Mark mehr. Denselben sieht eine Einnahme von nur 84 375 Mark gegenüber, so daß ein Zuschuß von 211 580 M. erforderlich ist. Die Armen- und Krankenpflege-Kosten für unterstützungsbedürftige Personen am Orte betragen 237 000 M. — Die Hohenzollernschule (Reformgymnasium) sieht in Einnahme mit 104 000 M., in Ausgabe mit 162 123 M., verlangt also einen Zuschuß von 58 000 M. (1902: 48 969 M.). — Die höhere Mädchenschule bedarf einer Beihilfe von 2578 M., der Berufsbildungs-Etat weist eine solche von 49 893 M. und der Etat der Desinfektions-Anstalt eine solche von 4462 M. auf.

Die Stadtverordn. Wilmersdorfs wird in einer von verschiedenen Kommunalvereinen abgefassten Petition an das Abgeordnetenhaus gefordert. Es heißt u. a. in dem Schriftstück: „Einig ist sich die Einwohnerschaft Wilmersdorfs darüber, daß der eigentliche Grund der Verweigerung des Uebergangs zur Stadtverwaltung darin liegt, daß Landrat und Kreisaußschuß des Kreises Teltow die starkerkämpfte Gemeinde Wilmersdorf nicht aus dem Kreisverbande entlassen wollen. Dieser Standpunkt dürfte aber schließlich für die künftige Staatsregierung nicht ausschlaggebend bleiben. Der Gemeindevorstand und die kleine Zahl von 24 Gemeindevertretern in Wilmersdorf sind mit Arbeiten so überlastet, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der kommunalen Angelegenheiten beinahe unmöglich geworden ist. Die Anstellung eines besoldeten Gemeindeführers kann darin auch keinen Wandel schaffen, als die Verantwortung doch einzig der Gemeindevorsitzer trägt. Die Gemeindevertretung von Wilmersdorf besteht in ihrer großen Mehrheit aus streng konservativen Herren, die seiner Zeit gewiß mit nicht geringem Eifer für die Wahl der beiden Landtags-Abgeordneten Ring und Heiß eingetreten sind. Wenn diese beiden würdigen Vertreter des Kreises sich bisher auch den Teufel um die Interessen von Wilmersdorf gekümmert und wenn wir recht unterrichtet sind, zu dem Stadtverordnungsplan sogar ein feindselige Stellung eingenommen haben, so lag dies offenbar daran, daß sie über die Lebensfrage des von ihnen vertretenen Ortes nicht unterrichtet waren. Jetzt, nachdem das schließliche Verlangen der Gemeindevertretung von sechs bis in die Knochen konservativen Kommunalvereinen unterstützt wird, werden die Herren Ring und Heiß sich gewiß als die gebornen Vertreter von Wilmersdorf fühlen und schon um der Förderung der guten Sache willen sich für die Stadtverordn. ordentlich ins Zeug legen.“

Kommers. Wiederholtlich hatten unsere Genossen in der Gemeindevertretung beantragt, gemeinsam mit unserer Nachbar-gemeinde Neuenhof ein Gewerbegericht ins Leben zu rufen; leider verhielt sich die Gemeindevertretung des Nachbarortes stets ablehnend dazu. Gewerbliche Streitigkeiten, ganz gleich welcher Art, wurden in Neuenhof einfach vom Gemeindevorsitzer entschieden. Gegen Ende vorigen Jahres wurde Geleier aber vom Potsdamer Gericht gelegentlich eines konkreten Falles darauf aufmerksam gemacht, daß Lohnstreitigkeiten nur vom ordentlichen Richter entschieden werden können, wenn kein Gewerbegericht am Orte vorhanden ist. Unsere Genossen hofften, daß man sich nun auch in Neuenhof geneigter zeigen werde, ein Gewerbegericht zu gründen und stellte deshalb den Antrag an die Gemeindevertretung unseres Ortes, mit Neuenhof zur Bewirklichung dieses Planes in Verbindung zu treten. Aber in der am Montag abgehaltenen Sitzung wurde der Antrag wiederum von der Neuenhofer Gemeindevertretung, in der unsere Genossen leider nicht vertreten sind, abgelehnt. Somit sind die Arbeiter der genannten beiden Orte auch fernherhin gezwungen, bei Lohnstreitigkeiten den umständlichen Klageweg vor dem Gericht in Potsdam zu beschreiten, wenn sie zu ihrem Recht gelangen wollen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Ueberfall vor der Rüberhöhe beschäftigte gestern die zehnte Strafkammer des Landgerichts I. Die „Rüberhöhe“ ist ein in der Kronenstrasse gelegenes Restaurant, vor dessen Pforten ein in phantastische Räubertracht gekleideter Pfortner Wache hält. In der Nacht zum 10. Januar, gegen 3 Uhr morgens, zogen vier junge Rotwüchse lärmend die Kronenstrasse entlang und wollten noch die Rüberhöhe heimsuchen. Der Pfortner wies sie pflichtgemäß mit dem Bemerkten ab, daß das Lokal bereits geschlossen sei und als sie darauf nicht achteten, sondern lärmend und schimpfend Einlaß begehrten, vertrat er ihnen den Weg. Dies veranlaßte die Rotwüchse zu einem sehr groben Ergeß. Sie schürzten sich mit vereinten Kräften auf den Pfortner, schlugen ihn zu Boden und stachen mit Messern auf ihn ein, so daß er bald in seinem Blute schwamm. Auf seinen Hilferuf eilte der Wirt Herr Weimann herbei, der den Messerstechern scharf zu Leibe ging. „Und zwei mit gewaltigen Streichen erlegt er — die andern entweichen.“ Die Flüchtlinge wurden von dritten Personen verfolgt und es gelang, den einen noch festzunehmen, während der vierte entkam. Die drei nächtlichen Helden standen gestern in den Personen der „Arbeiter“ Adolf Karl Ernemann, Georg Goffert und Leo Zeidler vor der Strafkammer. Der überfallene Pfortner hatte bei jener Affaire neun Stiche in den Kopf davongetragen, die durch ein Messer oder ein andres spitzes Instrument hervorgerufen sein mußten. Er war nach der nächsten Sanitätsstube gebracht worden, mußte dort verbunden werden und ist 10 Tage lang arbeitsunfähig gewesen. Die Angeklagten bestritten gestern jeder für sich, mit einem Instrument geschlagen zu haben und behaupteten, von dem Pfortner zuerst angegriffen worden zu sein. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die befundene Nothwehr gegen die beiden ersten Angeklagten je ein Jahr, gegen den dritten sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß ein solcher Ergeß eine schwere Strafe verdiene, hielt es aber für geboten, die Thätigkeit jedes einzelnen der Angeklagten genau festzustellen und beschloß daher, noch eine Zeugin vorzuladen, welche den ganzen Vorgang von Anfang an mit angesehen haben soll.

Straftathen, die ein halbes Jahrzehnt zurückliegen, führten gestern den Hausdiener Georg Karl Röhre in vor die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte stand im Jahre 1898 mehrere Monate hindurch bei der Konfektionsfirma Max Meyer u. Co. in der Kronenstrasse als Hausdiener in Beschäftigung. Er wurde dann entlassen, weil aus dem Geschäft wiederholt Stoffe verschwan-

den und der Geschäftsführer ihn für verdächtig hielt. Bald nach seiner Entlassung wurden aus dem Geschäft mittels Einbruchs vier Supons Seidenstoffe im Werte von 1000 M. gestohlen. Röhre wurde in der Wohnung der Mutter des Angeklagten Hausdurchsuchung abgehalten und dabei allerdings nicht jene vier Supons Seidenstoffe, aber andre Tuch- und Seidenstoffe vorgefunden, die teilweise bereits verarbeitet waren, aber nach der Behauptung des Vertreters der Firma Max Meyer u. Co. aus dem Geschäft des letzteren herrührten. Bei der Hausdurchsuchung ging es sehr fürnehmlich zu, denn ein Bruder des Angeklagten widerstehte sich dem Kriminalbeamten heftig und es kam zu einem Handgemachte, welches später noch ein gerichtliches Nachspiel gehabt hat. Als der Angeklagte erfuhr, daß Hausdurchsuchung abgehalten worden sei, verabschiedete er aus Berlin. Er ist fast 2 Jahre in London gewesen und dann nach Brüssel gegangen, wo er in einem großen Hotel als Kellner thätig war. Dort ist er schließlich festgenommen worden. Inzwischen sind die vier Supons Seidenstoffe bei einem Schneider Hebe vorgefunden worden, der sie von einem unbekanntem Namen mit dem Spitznamen „der kleine Mohr“ gekauft haben wollte. Als ihm nun der Angeklagte gegenüber gestellt wurde, hat er erklärt, daß dieser nicht der Verkäufer des Seidenstoffes gewesen ist. Der Angeklagte bestritt nicht nur die Thäterschaft dieses Diebstahls, sondern wollte auch nicht wahr haben, daß die in der Behauptung seiner Mutter vorgefundenen Stoffe von ihm aus dem Geschäft entwendet worden seien. Der Staatsanwalt hielt das Gegenteil für erwiesen und beantragte 1/2 Jahre Gefängnis, während Rechtsanwält Dr. Schmidt ausführte, daß der Diebstahl von den vier Supons Seidenstoffen unter allen Umständen ausfinden müßte, und bezüglich der übrigen Stoffe die Identität doch nicht sicher feststehe. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Der neue Exner-Prozess in Leipzig. Unter großem Andrang des Publikums wurde gestern die durch Reichsgerichtsbefehl vom 4. Oktober angeordnete nochmalige Verhandlung gegen den zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Direktor der Leipziger Bank Exner vor dem Leipziger Schwurgericht durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Müller eröffnet. Der Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon-Berlin erklärte, der Angeklagte lehne den Vorliegenden als被告 ab; Direktor Müller sei Vorsitzender und Richterstatler der Eröffnungs-kammer gewesen und habe als Vorsitzender der vorigen Haupt-verhandlung durch verschiedene Zwischenbemerkungen sowie bei der Rechtsbelehrung zu erkennen gegeben, daß er voreingenommen sei. Landgerichtsdirektor Müller erklärte hierauf, daß er den Vorsitz vorläufig niederlege und das älteste Mitglied des Gerichtshofes, Landgerichtsrat Schmidt ersuche, den Vorsitz zu übernehmen. Staats-anwalt Dr. Weber hält die Ablehnung nicht für begründet, stellt jedoch zum Zweck der Entscheidung über den Ablehnungsantrag Ver- tagung der Verhandlung anheim. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Schmidt, bemerkte, daß er die Verhandlung auf Dienstagvormittag 1/10 Uhr vertage. Alsdann werde der Gerichtsbeschluss über den gestellten Ablehnungsantrag verfaßt werden.

Berein abtinerter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Mittwoch, den 18. Februar, Versammlung im „Abtinentenheim“, Neue Schönhauserstrasse 12. Vortrag des Jhr. Dr. Jenny Springer: „Der Alkohol als Krankheitsverreger.“ Diskussion. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 20. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der nächste Sturm. — Heinrich Heine als Politiker. Von Dr. Th. Meyer. — Die große Arbeiterkatholik in Argentinien. Von German Kötter. — Eine moderne Frau vor hundert Jahren. Von Dr. A. Adams-Schmann. — Zur Biographie Kaffkas. Von Franz Wehring. — Der norwegische Vereinsleben. Von Erik Brunne. — Das Hamburger Schulwesen. Von U. Schaumburg. — Literarische Rundschau: Augustin Kowalew. Drama in zwei Akten. Von Robert Michel. — Notizen: Die Entmündlung des Zeitungsberufes in Bayern. Von Marcel. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-handlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vermischtes.

Ein wirksamer Kampf gegen die Schleppe. In großen amerikanischen Städten, z. B. in New-Orleans und San Francisco hat man mit Erfolg die Straßen mit Erdöl oder andrem die Staub-bildung verhindevend dem Bel besprengt. Der herrliche Golden Gate Park in San Francisco ist erst jetzt geworden, was er sein sollte, ein Erholungsort, seit man die Sandstraßen und Hauptwege mit Öl besprengt. Die Staubentwilderung ist völlig beseitigt, bei Regengüssen wird das Ueberflüssige Öl in die Kanäle gesaugt und tötet dort noch die zahllosen Insektenlarven, so daß auch die Mückenplage durch die Ölbesprengung nun beseitigt wird. Jetzt ist, wie die „Tagl. Rbf.“ meldet, Sydney dem Beispiele Americas gefolgt, und die übrigen Großstädte Australiens wollen es auch thun. Diese Besprengung der Straßen mit Öl hat nun auch noch eine andre staubauswirbelnde Ursache von den Straßen vertrieben, nämlich die schleppenden Kleider — das Öl brachte zuwege, wo Mahnungen an die Frauen, auf die Gefährlichkeit ihrer Wimmelschen Rücksicht zu nehmen, nichts fruchteten, wo die Hinweise auf die Unsauberkeit, die der aufwirbelnde Staub den Schleppenträgerinnen am eigenen Leibe verursacht, nicht wirken, kurz, wo bisher Verunft nur tauben Ohren geredigt wurde. Mag die Besprengung mit Öl auch wohl manche Uebelstände in andrer Hinsicht mit sich bringen — sie können übrigens nicht so schlimm sein, da es sich in Schulen, großen Sälen und Arbeitsstätten bewährt hat —, so sollte man es in Deutschland doch auch benutzen; und würde es die Schleppe von der Straße und aus den Parkwegen verschwinden machen, so würde es in gesundheitlicher Hinsicht schon einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt haben.

Gemeinheit eines Kriminalbeamten. Vor der ersten Strafkammer des Oberfelder Landgerichts hatte sich der ehemalige Kriminal-Sergeant Heinrich Krohne von Elberfeld wegen versuchter Verleitung zum Meineide zu verantworten. A. hatte ein Liebes-verhältnis unterhalten, welches für das betreffende Mädchen nicht ohne Folgen blieb. A. mußte erst durch eine Alimentationsklage zur Erfüllung seiner Verpflichtungen angehalten werden. Hierbei ver-suchte der ehrenwerte Gefesgebücker die Verführte auch noch um die Alimente zu pressen, indem er an einen Kollegen in Bremen schrieb und denselben ersuchte, vor Gericht endlich anzulagen, da er mit der Geliebten des A. ebenfalls verkehrt habe. Die Sache wurde jedoch aufgebeht und Krohne zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Hätte der Bremer Kollege des A. die gleiche hofte Gefinnung befehen, so wäre der Verurteilte heute noch eine patente Staatsstrafe im Kampf gegen die „Clenden“.

Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen, die auf Antwort rechnen, ist die Abonnements-Quittung beizufügen. Die Erledigung erfolgt grundsätzlich nicht brieflich. Anfragen juristischer Art sollten auf dem Couvert immer den Vermerk haben: Juristischer Teil.

- N. P. 1.** Bei dem Worte Rotor ruht der Ton auf der ersten Silbe. Das Wort „Rotore“ wird auf der zweiten Silbe betont.
- P. 2.** Gehen Sie in die Postkassette der Caritas, die Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 12 bis 1/2 Uhr geöffnet ist. Dort werden Sie nach erfolgter Untersuchung das Räbere erfahren.
- Hilpe.** Das Berliner „Ostendblatt“ erscheint im Verlage von John Goldstaub, Berlin S. Urbanstr. 6. „Der Händler“ im Verlage von R. Lang-stadt, Berlin W., Melancktonstr. 12.
- G. G. 100.** Berlin bildet außerhalb der Provinz Brandenburg einen Regierungsbereich für sich.
- H. B. 735.** Wenden Sie sich zunächst an den Verband der Handels- und Transportarbeiter.
- G. B. Frau Siewitz, Schönberg, Sedanstr. 57, III.** erstelt solchen fremdsprachlichen Unterricht. — **G. B. 12.** Bedeutet: Oum privilegio sacro coarceato majestatis. (Mit Privileg — Sonderrecht — der kaiserlichen Majestät, herabgegeben Anno 1762.) Und die Caution? —

M. B. C. 2000. Wenden Sie sich an Herrn Dr. R. Hirschfeld, Charlottenburg, Berlinstr. 104. — **E. J.** Das kommt auf die Höhe des Lohnes und Gehalts an. Alles wesentlich besser, Klima gesund. — **G. M.** Nicht bekannt. — **W. A. Schriftsteller.** 1. Die Fachkate für Buchbinder befin-det sich Niederwallstr. 6/7 (100. Gemeindehülle). Anmeldungen nimmt entgegen Herr Buchbindermeister C. Behrens, Grüner Weg 9/10. 2. Fragen Sie in der Buchhandlung des „Vorwärts“ nach. — **J. G. 100.** Darüber werden Sie nichts etwas in der „Neuen Welt“ lesen. — **S. W. Niz-dorf,** Wiederholen Sie Ihre Anfragen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Amalie. Falls kein Testament vorhanden, beantragen Sie gerichtliche Nachlassregulierung, oder legen Sie. — **W. B. 3.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage mit Angabe, wer im Uebelschicksal-Ergebnis als Schuldiger Teil bezeichnet ist. — **Herrndorf.** Wiederholen Sie die Frage unter möglicher Angabe, was im Kontrakt steht. — **S. 176.** Wiederholen Sie genau die so nicht verständliche Frage. — **G. S. 60.** Es handelt sich offenbar um die Steuern für die Zeit nach dem Oktober. — **P. 2. Albany.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Hilpe.** Wiederholen Sie die An-frage unter Beifügung Ihrer Abonnementsquittung. — **S. 99.** 7 Tage. 2. Mann Sie verlangen. 3. Ja. 4. Ja. 5. Wenn Sie das verlangen. — **Alter Abonnent.** Darauf hat die Anmendirection keine Anfrage. — **Ango 156.** Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, ohne daß Sie und Ihre Familie Not leiden, sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet. Das Eigentum Ihrer Frau kann nicht angegriffen werden. — **S. 20.** Ja. — **J. G. 100.** Nein. — **1000.** Wiederholen Sie die Anfrage unter An-gabe, wieweil Kinder da sind. 2. Nein. — **G. S. 91.** 100. Nein. — **M. B. 13.** Charlottenburg. 1. Nein. 2. Nein. 3. Klagen. — **C. W.** Ritterstraße. Wiederholen Sie die Frage unter Beifügung der Abonnements-quittung. — **W. A. J.** Sie müssen sich damit an die Polizei wenden. — **Zimmern.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **2. Wetende.** Demminstraße. Nein. — **W. J. 80.** Ist kein Grund zum Ausschluß. Klage dagegen ist zulässig. — **G. G. 38.** Sie verschulden sich 15 M. — **E. S. 101.** Wahlberechtigt sind Sie zum Reichstag in Preußen, sofern Sie hier Ihren Wohnsitz haben. Im übrigen wenden Sie sich an das Polizeipräsidium hier selbst. Militärpapiere, Geburtsurkunde, Nachweis, daß Sie Staatsangehöriger von Reich sind.

Witterungsübersicht vom 16. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. d. Luft in C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. d. Luft in C.
Hamburg	761	W	1	—	Haparanda	757	W	4	—
Berlin	763	W	1	—	Petersburg	759	W	4	—
Frankf./M.	764	W	1	—	Stockholm	760	W	4	—
München	767	W	1	—	Warschau	760	W	4	—
Wien	765	W	1	—					

Wetter- und Prognose für Dienstag, den 17. Februar 1903. Beschaffenheit, nachts ziemlich streng, am Tage gelinder Frost bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Dem Genossen **Hugo Heyer** zu seinem 29. Diegenfeier ein dreimal dommerdes Hoch, daß die Rügenstraße wackelt. 2251D Richard. Ernst. August.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Hermann Kramm** am 14. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Februar, nach-mittags um 4 Uhr, vor der Leichen-halle des Rathaus-Richthofs in Wilhelmsherg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
78/18 Die Ortsvorwaltung.

Todes-Nachricht.
Nach langen schweren Leiden entschlief am 16. d. Mts. unser lieber Vater, Schmiegebauer und Grobhaier, der Schriftsteller **Robert Wetzel**.
Die Beerdigung findet am 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vor der Leichenhalle des Thomas-Richthofs aus statt. 22556
Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie Matthias.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Wammes, unfers guten Vaters, des Gastwirts 22455
Wilhelm Sieberl,
sprechen wir hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Verein der Berliner Weib-lerinnen, unfers Stammgastes, den Beamten vom Straßen-Bahnhof VII, der Firma Wiefenau u. Boh unfers herzlichsten Dank aus.
Eure **Martha Sieberl** nebst Kindern, Adrstr. 163.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unfers lieben Sohnes und Bruders **Wihl. Brennecke** lagen allen Freunden, Bekannten, Verwandten und Vereinen den herzlichsten Dank. 22526
Eure **Brennecke** nebst Geschwistern.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, den Gefangenen Angehörigen, sowie Laubverein Germania und Staffklub, sage meinen besten Dank für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Wammes.
Die trauernde Witwe: 22508
Brennecke.

Danksagung.
Für die mir bei der Beerdigung meines lieben Wammes, unfers guten Vaters erzielene Teilnahme lagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Centralverbandes der Maurer (Zweigverein Nixdorf) sowie d. Social-demokratischen Arbeiterverein und des Gefangenen von Brly unfers herzlichsten Dank. 6282
Anna Weine nebst Kindern.

Nachruf. 22455
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Wammes
Johannes Rönch
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, hauptsächlich allen seinen Kollegen und dem Vorstand der Allgem. Orts-Kranken-Casse gemeindlicher Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlin, den Verb. der Verwaltungsbekamen Deutschl. und der Ortsgruppe Berlin, dem Arbeiter-Verreiter-Verein, dem Verein d. Blumen- u. Wälder-Arbeiter für die herrlichen Kranzspenden und dem Gesangsverein „Kordb. Schiffe“ für den erhabenen Gesang meinen besten Dank.
Clara Rönch.

General-Versammlung der **Sieperschen Kranken- und Sterbekasse Nr. 23**
Donnerstag, 26. Febr., abends 8 Uhr, im Rosenhof, Alimentr. 19, Tagesordnung: Statuten-Veränderung. Das Kassenduch (blau) legitimiert. 22615
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Den Mitgliedern der Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, C. S. S., Kasse Ham-burg II, sowie den Mitgliedern des Centralverbandes der Zimmerer zur Mitteilung, daß vom 17. Februar d. J. ab alle Angelegenheiten **Poststraße Nr. 47** abgehandelt werden.
Allen Freunden, Bekannten und Gönnern zur Nachricht, daß ich wegen abtrih mein Geschäft verlegen muß, und ersuche, das bisherige Vertrauen auch auf mein Geschäft **Poststr. 47** zu übertragen. Achtungsvoll
F. Schumann,
Hofstraße 22a. 6232*

Kranz- und Blumenbinderei
H. Rodewald,
von Alexandrinenstrasse 1a.
Bereitskänge mit Widmungsscheinen, Arrangements, Bouquets etc. hübsch und billig. 1766b

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Strasse 2.**
Vereins-Kranz, Salmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Buss' Salon und Garten
Grosse Frankfurterstr. 85.
Empfehle Vereinen meine Säle mit grossem Naturgarten für **1. Pfingst-Feiertag** und **Sonnabends.** 604L*

Andreas-Garten
Andreasstr. 26.
Allen Freunden und Bekannten empfehle meine neuerrichtete Refra-uation, Saal u. Verlammlung. Gute Speisen u. Getränke. Fremdenlogis. Heute abend: **Frische Blut- und Leberwurst.** 6272*

F. Morkowski.
Buchbinderei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.